

ANNETTE GUCKELBERGER

Die Verjährung
im Öffentlichen Recht

Jus Publicum

111

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 111



Annette Guckelberger

Die Verjährung im Öffentlichen Recht

Mohr Siebeck

Annette Guckelberger, geboren 1968; 1988–1994 Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Tübingen und Fribourg (Schweiz); 1994–1997 Mitarbeiterin an der Universität Tübingen; 1996 Promotion; 1995–1997 juristischer Vorbereitungsdienst Baden-Württemberg; ab 1997 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften; 2003 Habilitation und seitdem Privatdozentin an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

978-3-16-157980-6 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148374-X

ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 Mohr Siebeck Tübingen

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Claudia Wild in Stuttgart aus der Garamond gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Studie zur Verjährung im Öffentlichen Recht wurde im Wintersemester 2002/03 von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer als Habilitationsschrift angenommen. Da nach der Abgabe einige öffentlich-rechtliche Verjährungsvorschriften durch das Hüttenknappschaftliche Zusatz-Versicherungs-Neuregelungs-Gesetz geändert wurden, wurde von mir zur Vervollständigung ein weiteres Kapitel eingefügt. Literatur und Rechtsprechung wurden bis zum Ende des Jahres 2003 aktualisiert.

An erster Stelle möchte ich mich bei Herrn Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow herzlich bedanken. Er hat mich nach meiner Promotion als wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl und Habilitandin in vielfältiger Weise unterstützt und meinen wissenschaftlichen Werdegang maßgeblich gefördert. Von ihm wurde diese Arbeit betreut und innerhalb kürzester Zeit das Erstgutachten gefertigt. Herrn Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill bin ich für die sehr zügige Erstellung des Zweitgutachtens zu Dank verpflichtet. Ohne die tatkräftige Mithilfe bei der Formatierung meiner Arbeit durch Frau Erika Kögel, Sekretärin am Lehrstuhl Ziekow, hätte ich es kaum geschafft, sie zu dem von mir anvisierten Zeitpunkt abzugeben. Dafür und für spätere Hilfestellungen bis zur Veröffentlichung meines Manuskripts möchte ich mich bedanken. Der Deutschen Forschungsgemeinschaft bin ich für die Gewährung eines Druckkostenzuschusses sehr verbunden. Schließlich möchte ich meiner Familie, die mir stets ein Rückhalt war, meinen Dank aussprechen.

Speyer, im Sommer 2004

Annette Guckelberger

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Einführung	1
2. Teil: Die Verjährung vor dem Inkrafttreten des Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes am 1. Januar 2002	11
A. <i>Historischer Überblick zur Verjährung im Verwaltungsrecht</i>	12
B. <i>Die Verjährung in einzelnen Gebieten des Öffentlichen Rechts</i>	24
I. Die Verjährung im Bereich des Sozialrechts	24
II. Die Verjährung im Beamtenrecht	35
III. Die Verjährung im Steuerrecht	48
1. Die Festsetzungsverjährung gemäß §§ 169 ff. AO	49
2. Die Zahlungsverjährung nach §§ 228 ff. AO	55
IV. Die Verjährung des Amtshaftungsanspruchs	58
V. Landesrechtliche Bestimmungen	65
1. Landespolizeigesetze	65
2. Landesgebührenrecht	66
3. Ausführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuch	68
VI. Zwischenbilanz	69
C. <i>Der Zweck der Verjährung</i>	72
I. Die Motive für die Verjährung im Zivilrecht	72
II. Zu den Motiven der Verjährung im Öffentlichen Recht	78
III. Verjährung im Allgemein- oder Individualinteresse?	85
IV. Fazit	88
D. <i>Rahmenbedingungen für die Verjährung im Öffentlichen Recht</i>	90
I. Konnexität zwischen der Verjährung und dem Vertrauensschutz?	90
1. Vorliegen einer Vertrauensgrundlage	93

2.	Vertrauensschutzrechtliche Fundierung der Verjährung, wenn sie zur Bekräftigung eines rechtswidrigen Vorteils des Verpflichteten führt?	99
3.	Vertrauensschutz zugunsten des Staates?	101
II.	Verjährung und Rechtsstaatsprinzip	104
1.	Das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	105
2.	„Durchbrechungen“ des Gesetzmäßigkeitsprinzips im Interesse von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden	107
3.	Praktische Konkordanz zwischen den verschiedenen kollidierenden Belangen im Falle der Verjährung	110
III.	Vereinbarkeit der Verjährung mit Art. 19 Abs. 4 GG	115
IV.	Verjährung und Gleichheitsgrundsatz	122
V.	Verjährung und die für das Öffentliche Recht typischen Handlungsformen	124
VI.	Sonstige Besonderheiten des Öffentlichen Rechts	129
<i>E.</i>	<i>Der Gegenstand der Verjährung</i>	132
I.	Der Gegenstand der Verjährung im Bürgerlichen Gesetzbuch	132
II.	Der Gegenstand der Verjährung im Strafrecht	135
III.	Der Gegenstand der Verjährung im Öffentlichen Recht	137
1.	Ausgangsbefund/Herrschende Meinung	138
a)	Der Begriff des „vermögensrechtlichen“ Anspruchs	139
b)	Generelle Verjährbarkeit sämtlicher vermögensrechtlicher Ansprüche?	145
2.	Richtigkeit der herrschenden Meinung?	147
IV.	Allgemeine Anforderungen an den möglichen Verjährungsgegenstand	156
1.	Rechtsposition, die dem Einfluss der Zeit zugänglich ist	156
2.	Keine Verjährung von Rechtsnormen	162
3.	Anbindung der Verjährung an eine konkrete Rechtsbeziehung	165
4.	Gegenüber einem anderen auszuübende Rechtsposition	173
5.	Der Bezug der Verjährung auf Ansprüche	176
a)	Subjektive öffentliche Rechte des Staates?	176
b)	Zur Entstehung eines Anspruchs im Öffentlichen Recht	195
c)	Schlussfolgerung	213
6.	Beschränkung des möglichen Verjährungsgegenstands auf Ansprüche oder Möglichkeit der Verjährung bei Gestaltungsrechten, insbesondere Befugnissen?	213
a)	Die Haltung der Rechtsprechung zur Verjährung anderer Rechte	215

b) Literaturmeinungen zur Verjährbarkeit von Gestaltungsrechten	216
7. Koppelung der Verjährung an den Verzicht im Öffentlichen Recht?	222
8. Verjährung und Opportunitätsprinzip	225
9. Verjährung im Polizeirecht?	229
10. Unbilligkeiten bei einer Verjährung der Inanspruchnahme- möglichkeit des Verhaltensstörers – Zur Verjährung in multipolaren Rechtsverhältnissen	239
11. Verjährbarkeit von Stammrechten?	255
12. Fazit	257
F. <i>Verjährung im Öffentlichen Recht trotz Fehlens einer ausdrücklichen gesetzlichen Verjährungsregelung bzw. bei einer nur lückenhaften Verjährungsregelung?</i>	259
I. Unmittelbare Anwendung der §§ 194 ff. BGB?	260
II. Gewohnheitsrechtliche Geltung der Verjährung im Öffentlichen Recht?	264
III. Verjährung im Öffentlichen Recht als allgemeiner Rechtsgrundsatz oder allgemeiner Rechtsgedanke?	268
1. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze	272
2. Allgemeine Rechtsgedanken	278
3. Fazit	286
IV. Lückenschließung im Wege der Analogie?	287
1. Feststellung einer planwidrigen Gesetzeslücke	288
2. Zur analogen Rechtsanwendung geeignete Rechtsnormen	290
3. Zulässigkeit einer analogen Rechtsanwendung im Öffentlichen Recht?	299
a) Das Analogieverbot in Art. 103 Abs. 2 GG	300
b) Analogie und Gewaltenteilung	302
c) Analogie und Bundesstaatsprinzip	311
d) Analogie und Demokratieprinzip	312
e) Analogie und Gesetzesvorbehalt	318
aa) Zur Bedeutung der Schranke der verfassungsmäßigen Ordnung in Art. 2 Abs. 1 GG in Bezug auf Maßnahmen zur Schließung von Gesetzeslücken	322
bb) Analogie und allgemeiner Gesetzesvorbehalt	326
f) Analogie und Rechtssicherheit	333
g) Legitimation zur Analogie aufgrund anderer verfassungs- rechtlicher Vorgaben?	340

h) Der Ausgleich zwischen verschiedenen kollidierenden Verfassungsgütern	349
i) Fazit	353
<i>G. Dauer und Beginn der Verjährung im Öffentlichen Recht</i>	<i>354</i>
I. Ausgangsbefund	354
II. Vorgehen bei Fehlen einer spezialgesetzlichen Regelung zur Verjährungsfrist	362
III. Einzelheiten zum Verjährungsbeginn	367
1. Nochmals: Zur Ermittlung des genauen Zeitpunkts der Anspruchsentstehung	374
2. Verjährungsbeginn ab Kenntnis der Verwaltung	376
3. Zum Verjährungsbeginn bei langwierigen Situationen/Tätigkeiten	380
4. Zum Verjährungsbeginn bei Altlasten	381
<i>H. Die Hemmung der Verjährung</i>	<i>384</i>
<i>I. Die Unterbrechung der Verjährung</i>	<i>392</i>
I. Besonderheiten bezüglich behördlicher Unterbrechungsmaßnahmen .	397
II. Zur Unterbrechung der Verjährung insbesondere durch Privatpersonen	410
III. Überlegungen zur Verjährungsunterbrechung de lege lata und de lege ferenda	416
<i>J. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei der Verjährung?</i>	<i>420</i>
<i>K. Die Rechtsfolgen der Verjährung</i>	<i>423</i>
I. Die Wirkung der Verjährung	423
II. Die Ausübung der Verjährungseinrede	436
III. Modifizierung der Verjährung infolge unzulässiger Rechtsausübung . .	444
IV. Die Folgen der Verjährung für das Verhalten der Verwaltung und der Gerichte	455
1. Berücksichtigung der Verjährung von Amts wegen?	456
2. Die Konsequenzen der Verjährung im Hinblick auf den Verwaltungsprozess	459
3. Kann ein verjährter Anspruch durch Verwaltungsakt geltend gemacht werden?	460
4. Hinweispflicht auf die Verjährung?	463

V. Folgen der Verjährung im Hinblick auf die Erfüllbarkeit und Rückforderbarkeit	472
1. Weitere Erfüllbarkeit	473
2. Rückforderbarkeit von Leistungen, welche trotz des Verjährungseintritts erbracht wurden	474
<i>L. Die Gesetzgebungskompetenz zur Regelung der Verjährung</i>	<i>480</i>
<i>M. Die Abgrenzung der Verjährung von ähnlichen Rechtserscheinungen</i>	<i>491</i>
I. Verjährung und unvordenkliche Verjährung	491
II. Ersitzung und Verjährung	494
III. Verjährung und Verwirkung	498
1. Zu den von der Praxis entwickelten Voraussetzungen an die Verwirkung	507
2. Gegenüberstellung von Verjährung und Verwirkung	511
IV. Abgrenzung der Verjährung von sonstigen Fristen	515
1. Befristetes – verjährendes Recht	518
2. Ausschlussfrist – befristetes Recht – Verjährung	523
a) Der Bezugsgegenstand von Verjährungs- und Ausschlussfristen	528
b) Zu den Motiven von Verjährungs- und Ausschlussfristen	529
c) Fristlänge und Fristbeginn bei den Verjährungs- und Ausschlussfristen	531
d) Zur Fristhemmung bei der Verjährung und den Ausschlussfristen	532
e) Zur Unterbrechung von Verjährungs- und Ausschlussfristen	543
f) Zu den Folgen des Fristablaufs bei den Verjährungs-/Ausschlussfristen	549
g) Abkürzbarkeit/Verlängerbarkeit der Fristen	552
h) Konsequenzen aus der Gegenüberstellung	554
V. Fazit	558

3. Teil: Die Rechtslage zwischen dem Inkrafttreten des Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes am 1. Januar 2002 und dem Hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherungs-Neuregelungs-Gesetz vom 21. Juni 2002	561
--	-----

<i>A. Die Novelle der zivilrechtlichen Verjährungsregelungen</i>	<i>562</i>
I. Zu den Gründen für die Neustrukturierung der Verjährung im Bürgerlichen Gesetzbuch	563

II.	Allgemeine Überlegungen zur Verjährung	565
III.	Erster Titel: Gegenstand und Dauer der Verjährung	567
1.	Der Gegenstand der Verjährung	567
2.	Die Verjährungsdauer	567
a)	Regelmäßige Verjährungsfrist	568
b)	Die anderen Verjährungsfristen im Allgemeinen Teil des Bürgerlichen Gesetzbuchs	574
c)	Vereinbarungen über die Verjährung	576
IV.	Zweiter Titel: Hemmung und Neubeginn der Verjährung	576
1.	Die einzelnen Hemmungsgründe	577
2.	Der Neubeginn der Verjährung	582
V.	Dritter Titel: Rechtsfolgen der Verjährung	583
B.	<i>Eignung der novellierten zivilrechtlichen Verjährungs-</i> <i>bestimmungen für eine Übernahme in das Öffentliche Recht?</i>	586
I.	Zum Anlass der Reform des Verjährungsrechts	586
II.	Zum Bezugsgegenstand der Verjährung	589
III.	Zur Verjährungsdauer	590
IV.	Zur Hemmung und Unterbrechung der Verjährungsfrist	599
V.	Zu den Rechtsfolgen der Verjährung	602
VI.	Fazit	603
C.	<i>Die Zukunft des öffentlichen Verjährungsrechts</i>	604
I.	Statische oder dynamische Verweisung auf das Bürgerliche Gesetzbuch?	605
II.	Zulässigkeit einer statischen Verweisung	613
III.	Verfassungsrechtliche Probleme einer dynamischen Verweisung	617
1.	Demokratieprinzip	618
2.	Bundesstaatsprinzip/Kompetenzen	629
3.	Folgen einer unzulässigen dynamischen Verweisung	634
IV.	Folgen für die Rechtsanwendung bei Nichtexistenz einer öffentlich-rechtlichen Verjährungsregelung	636
V.	Fazit	639

4. Teil: Die Reaktion des Gesetzgebers auf die Änderung der bürgerlichrechtlichen Verjährungsvorschriften im Öffentlichen Recht	641
I. Zu den einzelnen novellierten Verjährungsbestimmungen des Bundes .	641
II. Übergangsregelungen	645
1. Der Inhalt des Art. 229 § 6 EGBGB	645
2. Übertragung auf das Öffentliche Recht	647
III. Konsequenzen für den Umgang mit der Verjährung im Öffentlichen Recht	649
1. Im Hinblick auf die Verjährung im Sozialrecht	649
2. Im Hinblick auf die Verjährung im Verwaltungsrecht	652
a) Keine Regelung zur Verjährung eines Anspruchs	653
b) Teilweise Regelung zur Verjährung eines Anspruchs	657
IV. Zur Rückwirkung der neuen Verjährungsvorschriften	657
5. Teil: Europarecht und Verjährung	661
A. <i>Die Verjährung von unmittelbar gegen die Gemeinschaft gerichteten Rechtspositionen</i>	662
I. Die Verjährung des Schadensersatzanspruchs aus außervertraglicher Haftung	662
1. Der Schadensersatzanspruch gegen die Gemeinschaft	662
2. Art. 46 EuGH-Satzung	666
a) Die Rechtsnatur von Art. 46 EuGH-Satzung	667
b) Verjährungsfrist und Verjährungsbeginn	670
c) Die Unterbrechung der Verjährung	673
d) Die Wirkung der Verjährung	678
e) Hemmung der Verjährung?	681
3. Fazit	681
II. Die Verjährung in Angelegenheiten, welche die Gemeinschaftsbediensteten betreffen	681
B. <i>Europarecht und nationales Verjährungsrecht</i>	684
I. Unmittelbare europarechtliche Vorgaben zum zeitlichen Bestand einer Rechtsposition	684
II. Keine Aussagen des Gemeinschaftsrechts zur Verjährung	688

1. Die Verjährung bei Ansprüchen auf Erstattung gemeinschaftsrechtswidrig erhobener Beiträge sowie bei der Rückforderung von Gemeinschaftsbeihilfen	690
a) Zur Verjährung von Ansprüchen auf Erstattung gemeinschaftsrechtswidriger Beiträge	690
aa) Verjährbarkeit des Erstattungsanspruchs?	693
bb) Dauer der Verjährungsfrist	695
cc) Beginn der Verjährung	697
dd) Hemmung der Verjährung	703
ee) Die Unterbrechung der Verjährung	704
ff) Die Wirkung der Verjährung	704
b) Die Rückforderung von Gemeinschaftsbeihilfen	704
2. Zur Verjährung bei der Rückforderung gemeinschaftsrechtswidriger staatlicher Beihilfen	706
3. Die Verjährung der mitgliedstaatlichen Staatshaftung für Gemeinschaftsrechtsverstöße	712
a) Die Herleitung des Anspruchs durch den EuGH	712
b) Zu den Details der Verjährung des Schadensersatzanspruchs	721
4. Weitere Aussagen des EuGH zur Anwendung der nationalen Verjährungsvorschriften	726
<i>C. Fazit</i>	728
6. Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse	731
Literaturverzeichnis	743
Anhang	785
Namens- und Sachwortverzeichnis	809

1. Teil

Einführung

Bereits im Jahre 1841 bezeichnete *Savigny* die Verjährung als eines der „wichtigsten und wohlthätigsten Rechtsinstitute,“¹ nach der 1975 erschienenen Monographie von *Spiro* ist die Verjährung in einem entwickelten Recht geradezu unentbehrlich.² Trotz dieses augenscheinlich hervorragenden Stellenwerts und der eminenten praktischen Bedeutung der Verjährung, die eine Vielzahl von Ansprüchen bedroht und der nicht wenige tatsächlich zum Opfer fallen, stieß die Behandlung von Verjährungsfragen in der Wissenschaft bis vor kurzem auf ein eher mäßiges Interesse.³ Dies gilt vornehmlich für das Verwaltungsrecht. Bei einer Durchsicht der Stichwortverzeichnisse der Verwaltungsrechtslehrbücher jüngeren Datums fällt auf, dass dort die Frage der Verjährung entweder überhaupt nicht⁴ oder allenfalls am Rande⁵ behandelt wird. Im Gegensatz zum Zivil- und Strafrecht gibt es in diesem Rechtsgebiet bis heute keine eingehende und allgemeine Regelung dieses allseits bekannten Rechtsinstituts.⁶ Zwar fand die Verjährung im Steuerrecht eine detaillierte Ausgestaltung und wurde zwischenzeitlich im Sozialrecht der Versuch unternommen, dieses Rechtsinstitut möglichst flächendeckend zu regeln. Im Übrigen existieren aber im Öffentlichen Recht nur vereinzelte Verjährungsvorschriften, die häufig sehr lückenhaft sind. Sehr oft können die Rechtsanwender auf gar keine gesetzliche Regelung der Verjährung zurückgreifen, auch wenn diese ihrer Ansicht nach im Öffentlichen Recht unentbehrlich ist.

Dieser Befund unterscheidet sich kaum von den Schilderungen der Rechtslage zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts, in denen das Fehlen einer allgemeinen Regelung der Verjährung im Öffentlichen Recht beklagt wurde, weil nur Einzelbestim-

¹ *Savigny*, System V, S. 272.

² *Spiro*, Verjährung, § 11.

³ *Peters/Zimmermann*, Gutachten, S. 103.

⁴ *Faber*, Verwaltungsrecht; *Giemulla/Jaworsky/Müller-Uri*, Verwaltungsrecht; *Koch/ Rubel*, Allgemeines Verwaltungsrecht; *Mayer*, Allgemeines Verwaltungsrecht; *Schmidt-Aßmann*, Das allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsrecht.

⁵ *Achterberg*, Allgemeines Verwaltungsrecht, § 14 Rn. 48; *Battis*, Allgemeines Verwaltungsrecht, S. 374, 440; *Bull*, Allgemeines Verwaltungsrecht, Rn. 749; *Ericksen*, in: ders., Allgemeines Verwaltungsrecht, § 11 Rn. 56; *Forsthoff*, Lehrbuch, S. 174; *Hendler*, Allgemeines Verwaltungsrecht, Rn. 722, 798, 843; *Ipsen*, Allgemeines Verwaltungsrecht, Rn. 1297; *Mayer/Kopp*, Allgemeines Verwaltungsrecht, § 39; *Maurer*, Allgemeines Verwaltungsrecht, § 25 Rn. 44, § 27 Rn. 6; *Peine*, Allgemeines Verwaltungsrecht, Rn. 246, 279, 418, 438, 440, 460, 465, 477f.; *Schmalz*, Allgemeines Verwaltungsrecht, Rn. 883; *Wittem*, Grundriß, § 4 Rn. 48 ff.

⁶ S. nur *Dörr* DÖV 1984, 12; *Geis* NVwZ 2002, 385; *Schack* BB 1954, 1037.

mungen bestünden, die meistens ergänzungsbedürftig sind.⁷ Damals wurde dieser defizitäre Zustand unter anderem damit erklärt, dass das Verwaltungsrecht noch ein sehr junges Rechtsgebiet sei,⁸ in dem sich erst allmählich die Lehre vom subjektiven öffentlichen Recht durchsetzte, an dessen Existenz die Verjährung in hohem Maße anknüpfe.⁹ Das Thema der verwaltungsrechtlichen Verjährung konnte erst nach der Separierung des Öffentlichen Rechts vom Privatrecht bedeutsam werden. Vor allem in Art. 96 ff. des Entwurfs einer Verwaltungsrechtsordnung in Württemberg aus dem Jahre 1931¹⁰ wurden Normen vorgestellt, die eine erschöpfende Regelung der Verjährung in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten versprochen. Dass es auch nach dem zweiten Weltkrieg und der zunehmenden Konsolidierung der verwaltungsrechtlichen Erkenntnisse zu keiner allgemeinen Regelung der Verjährung im Öffentlichen Recht kam, dürfte wohl zwei Ursachen haben: Zum einen ist dafür der enge Zuschnitt des Verwaltungsverfahrensgesetzes auf Tätigkeiten der Behörden zu nennen, die auf den Erlass eines Verwaltungsakts oder den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags gerichtet sind (§ 9 VwVfG). Das Verjährungsrecht geht über diesen Bereich hinaus, wenn man sich nur vergegenwärtigt, dass zum Beispiel auch Ansprüche des Bürgers gegen den Staat der Verjährung unterliegen können. Durch diesen engen thematischen Zuschnitt des Verwaltungsverfahrensgesetzes wurde die Chance der Entwicklung eines weitergehenden Allgemeinen Teils des Verwaltungsrechts, der über die typischen Handlungsformen der Verwaltung hinaus auch allgemeine Regelungen wie zu den Fristen, der Verjährung, der Rechtsnachfolge, dem allgemeinen Erstattungsanspruch etc. enthält, versäumt.¹¹ Ein weiterer Faktor dieses Defizits dürfte die Tatsache sein, dass der Bund eben nicht wie im Zivilrecht eine allumfassende Gesetzgebungskompetenz für die Ausarbeitung bzw. den Ausbau eines Allgemeinen Teils des Öffentlichen Rechts besitzt und damit Unsicherheiten bei der genauen Absteckung der bundes- bzw. landesrechtlichen Kompetenzen einhergehen.¹²

Da das deutsche Rechtssystem nach wie vor – wie man insbesondere an den Art. 12a Abs. 3, 33 Abs. 4, 74 Abs. 1 Nr. 1 GG, aber auch den einfachgesetzlichen Bestimmungen der §§ 40 Abs. 1 VwGO, 13 Abs. 1 GVG sieht – von der Dichotomie von Öffentlichem und Privatrecht ausgeht,¹³ wirft die nur lückenhafte Ausgestaltung der Verjährung im Verwaltungsrecht eine Vielzahl interessanter Fragen auf. Zu

⁷ *Becker*, Verjährung, S. 2; *Förderreuther*, Verjährung, S. 2; *Maas*, Verjährung, S. 10; s. auch *Jellinek*, Verwaltungsrecht, S. 223 f.

⁸ *Koschnik*, Verjährung, S. 1.

⁹ *Becker*, Verjährung, S. 3; *Förderreuther*, Verjährung, S. 13, 37.

¹⁰ Verwaltungsrechtsordnung für Württemberg, Entwurf eines Gesetzes mit Begründung, Stuttgart 1931.

¹¹ S. dazu auch *Maas*, Verwaltungsrechtsordnung, S. 1, 18.

¹² So auch schon *Koschnik*, Verjährung, S. 1.

¹³ S. nur *Ehlers*, Verwaltung in Privatrechtsform, S. 37 ff.; *Manssen*, Privatrechtsgestaltung, S. 52 f.; *Schmidt-Aßmann*, Das allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsidee, S. 244 f.; *Trute*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann, Öffentliches Recht und Privatrecht, S. 170 f.; *de Wall*, Die Anwendbarkeit, S. 22 f. m. w. N.; für ein Umdenken dagegen *Bullinger*, Öffentliches Recht und Privatrecht, S. 75 ff.

klären ist unter anderem, wie die Rechtsanwender zu verfahren haben, wenn eine spezialgesetzliche Verjährungsregelung in Bezug auf öffentlich-rechtliche Ansprüche fehlt. Das mögliche Antwortspektrum reicht hier von der Unanwendbarkeit des Rechtsinstituts der Verjährung bis hin zu Versuchen, das lückenhafte öffentlich-rechtliche Verjährungsrecht durch den Rückgriff auf allgemeine Rechtsgrundsätze oder Rechtsgedanken sowie die analoge Heranziehung anderer Gesetzesnormen zu komplettieren. Weil unmittelbar nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine parallele Regelung der Verjährung im Öffentlichen Recht fehlte, der Gesetzgeber aber bis heute keine genügende Abhilfe schuf, ist die Praxis seit langem dazu übergegangen, die Verjährung der vermögensrechtlichen Ansprüche im Öffentlichen Recht analog anderer Gesetzesnormen zu behandeln.¹⁴ Es besteht demzufolge ein großes praktisches Bedürfnis für die Anwendbarkeit der Verjährung im Öffentlichen Recht; darin zeigt sich, dass der der zivilrechtlichen Verjährung zugeschriebene Grundgedanke, wonach Tatbestände, welche längere Zeit unangefochten bestanden haben, im Interesse des Rechtsfriedens und der Rechtssicherheit dauerhaft hinzunehmen sind, nicht von vornherein mit dem Wesen des Öffentlichen Rechts inkompatibel ist.¹⁵ Nachdem aber die zweite Kammer des zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts in einem Beschluss aus dem Jahre 1996 es für verfassungswidrig erachtete, wenn die Verwaltung gegenüber einem Geldanspruch des Bürgers analog anderer Gesetzesbestimmungen die Aufrechnung erklärt,¹⁶ ist es unausweichlich, sich eingehender mit der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit der Schließung von Gesetzeslücken im Verwaltungsrecht im Wege der Analogie auseinander zu setzen. Seit annähernd hundert Jahren ist offen, ob und inwieweit sich die Methode der Analogie im Verwaltungsrecht mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben vereinbaren lässt. Während sich *Anschütz* in einem Aufsatz aus dem Jahre 1906 dezidiert gegen die Möglichkeit einer Analogie im Verwaltungsrecht aussprach,¹⁷ wird diese heute oftmals befürwortet,¹⁸ wobei jedoch die Diskussion um Pro und Contra dieser Lückenschließungsmethode zum Teil die nötige Tiefe vermissen lässt.¹⁹

Vor allem seit Beginn der neunziger Jahre mehren sich die Stimmen in der Literatur, welche die Verjährung nicht – wie bislang angenommen – bloß bei den vermögensrechtlichen Ansprüchen im Öffentlichen Recht, sondern in weiteren Konstellationen zur Anwendung bringen wollen, beispielsweise wenn eine Person vor mehr als dreißig Jahren eine Altlast verursacht hat und ihr nunmehr deren Beseitigung aufgegeben wird.²⁰ Hier geht es vor allem um die Abgrenzung der Verantwor-

¹⁴ S. dazu unter G IV; *Dörr* DÖV 1984, 12, 15.

¹⁵ *Dörr* DÖV 1984, 12, 14; *Schack* BB 1954, 1037.

¹⁶ BVerfG NJW 1996, 3146.

¹⁷ *Anschütz* VerwArch 14 (1906), 315, 325 ff.

¹⁸ So z. B. *Forsthoff*, Lehrbuch, S. 170; *Heinegg* NVwZ 1992, 522, 527; *Sachs*, in: ders., GG, Art. 20 Rn. 211.

¹⁹ S. auch *Schwabe* DVBl 1997, 352, 353.

²⁰ *Gärtner* UPR 1997, 452f.; *Kothe* VerwArch 88 (1997), 456, 484ff.; v. *Mutius/Nolte* DÖV 2000, 1, 5; *Ossenbühl* NVwZ 1995, 547ff.; *Wieland*, Verjährung, S. 106ff.; VG Köln NVwZ 1994, 927, 930.

tungssphären von Staat und Bürger, insbesondere wer letztlich für die sehr hohen Kosten der Altlastensanierung aufzukommen hat. Obwohl es schon zuvor vereinzelt kritische Äußerungen zur Bestimmung des Anwendungsbereichs der Verjährung im Verwaltungsrecht gab,²¹ wird im deutschen Recht erst jetzt vermehrt die Berechtigung der Beschränkung des Rechtsinstituts der Verjährung im Öffentlichen Recht auf die vermögensrechtlichen Ansprüche infrage gestellt. Setzt man sich mit diesem Problem eingehend auseinander, zeigt sich schnell, dass die dargelegten Gründe, warum im Verwaltungsrecht lediglich vermögensrechtliche Ansprüche verjähren sollen, seit langem dieselben sind. Sie werden in aller Regel stereotyp wiederholt, ohne ihre Überzeugungskraft auch nur ansatzweise zu hinterfragen. Vernachlässigt wird unter anderem, dass der Anwendungsbereich der zivil- und strafrechtlichen Verjährungsbestimmungen über die vermögensrechtlichen Ansprüche hinausgeht. Daher soll in dieser Studie die Erörterung einen Schwerpunkt bilden, welche Rechtspositionen sich theoretisch als Gegenstand der Verjährung eignen. Weil das Öffentliche Recht insgesamt weniger anspruchorientiert als das Zivilrecht ist, ist zu reflektieren, ob der Anwendungsbereich der Verjährung im Verwaltungsrecht nicht losgelöst vom Bürgerlichen Recht bestimmt werden sollte. Dazu ist es nötig, sich sowohl mit den hinter der Verjährung stehenden als auch den von ihr tangierten Verfassungswerten zu befassen, um so mehr Klarheit über die Rahmenbedingungen dieses Rechtsinstituts zu erlangen. Es wird versucht, die wesentlichen Merkmale der für eine Verjährung im Öffentlichen Recht in Betracht kommenden Rechtspositionen herauszuarbeiten.

Anhand der vorhergehenden Bemerkungen zeigt sich die zentrale Bedeutung der Frage, ob und inwieweit die Verjährung im Verwaltungsrecht parallel zum Zivilrecht behandelt werden soll oder ob nicht die Besonderheiten des Öffentlichen Rechts eine (zumindest teilweise) eigenständige Ausgestaltung dieses Rechtsinstituts bedingen. Bei Erlass des Bürgerlichen Gesetzbuchs wurde von einer Regelung der Verjährung der dem Öffentlichen Recht angehörenden Gerichtskosten wegen der besonderen Art und Weise ihrer Vollstreckung Abstand genommen: „Die Kosten werden im Wege der Administrativexekution beigetrieben. Bei Anwendung des BGB. würde sich ergeben, daß die Verjährung durch Vornahme einer Vollstreckungshandlung unterbrochen wird (§ 170) – nicht aber, daß sie, wie nach einzelnen Landesrechten der Fall, auch unterbrochen wird durch eine von der beitreibenden Behörde an den Pflichtigen erlassene Zahlungsaufgabe, durch Behändigung einer das Beitreibungsverfahren einleitenden Verfügung, Mahnung usw.“²² Deshalb ist es unentbehrlich, sich ausgehend von den speziellen öffentlich-rechtlichen Verjährungsregelungen ein Bild darüber zu verschaffen, in welchen Punkten sie von den zivilrechtlichen Verjährungsnormen abweichen. Zugleich ermöglicht die Ermittlung von Gemeinsamkeiten zwischen den öffentlich-rechtlichen Verjährungsbestimmungen die Herausarbeitung verallgemeinerungsfähiger Normtypen, wel-

²¹ *Schack* BB 1954, 1037.

²² *Mugdan*, Materialien, S. 14.

che speziell auf die Bedürfnisse des Verwaltungsrechts zugeschnitten sind. Auch eine Analyse der Literatur sowie der Gerichtsentscheide zur Verjährung im Verwaltungsrecht kann einen wertvollen Beitrag zur Bestimmung solcher Besonderheiten des Öffentlichen Rechts leisten, bei denen die Verjährungskonzeption des Zivilrechts nicht ohne weiteres passt.

Neben der bereits erwähnten Tatsache, dass aufgrund der anderen Handlungsmöglichkeiten im Verwaltungsrecht das Spektrum der den Ablauf der Verjährungsfrist beeinflussenden Rechtsverfolgungsmaßnahmen größer sein muss, ist insbesondere aufzuzeigen, ob und inwieweit ein an den Verjährungseintritt anknüpfendes Leistungsverweigerungsrecht den Gegebenheiten des Verwaltungsrechts entspricht. Selbst wenn infolge der Verjährung für den Verpflichteten ein Einrederecht entsteht, leuchtet es wegen der besonderen Bindungen des Staates ein, dass dieser im Gegensatz zum Bürger die Verjährungseinrede nicht beliebig ausüben kann. Immer wieder war Gegenstand von Gerichtsentscheidungen, ob die Verjährung im Öffentlichen Recht von Amts wegen zu berücksichtigen ist;²³ nur selten behandelt wird dagegen, ob im Verwaltungsrecht auf die Verjährung besonders hinzuweisen ist; soweit ersichtlich, wurde bislang nicht untersucht, ob dieses Rechtsinstitut im Verwaltungsprozessrecht bereits bei der Prüfung der Zulässigkeit der Klage oder erst im Rahmen der Begründetheitsstation von Relevanz ist.

Um sich ein vollständiges Bild über das Rechtsinstitut der Verjährung machen zu können, muss man sich damit befassen, wie momentan auf der europäischen Ebene mit der Verjährungsproblematik umgegangen wird. Diese Fragestellung ist schon deshalb interessant, weil sich daran aufzeigen lässt, inwieweit die diesbezügliche Rechtslage in Deutschland ausschließlich national geprägt ist oder die Verjährung andernorts ähnliche Konturen aufweist. Der Vergleich mit anderen Staaten sowie der EG wird ergeben, dass vieles, was aus deutscher Sicht gerade in Bezug auf die Verjährung im Öffentlichen Recht als selbstverständlich empfunden wird, im Grunde gar nicht so selbstverständlich ist. So steht zum Beispiel der Europäische Gerichtshof bislang der Ausdehnung gemeinschaftsrechtlicher Fristbestimmungen über ihren eigentlichen Anwendungsbereich hinaus auf weitere, nicht geregelte Fälle skeptisch gegenüber.²⁴ Enthält das Gemeinschaftsrecht eigenständige Verjährungsbestimmungen, welche das nationale Recht verdrängen, muss vermehrt die Frage gestellt werden, ob nicht auch der für die ausschließlich nationalen Sachverhalte geltende Rechtszustand im Hinblick auf die Verjährung an die europäische Ebene angeglichen werden sollte. Denn es erweist sich unter Umständen als kontraproduktiv, wenn die Finanzbehörden bei der Verfolgung von Ansprüchen, für welche das Gemeinschaftsrecht maßgeblich ist, auf den Ablauf der Verjährung ab dem Zeitpunkt der Anspruchsentstehung zu achten haben, während für ausschließlich nationale Sachverhalte die Verjährung aus Praktikabilitätsgründen nicht vor

²³ BSGE 22, 173, 177; BSG NJW 1992, 1588, 1589; BGE 73 I 125, 129; 101 Ib 348, 349f.; VG Düsseldorf NWVBl 1999, 470, 472.

²⁴ EuGH, Rs. C-326/91 *De Compte*, Slg. 1994 I-2091, 2141 ff.; Rs. 159/86 *Canter*, Slg. 1988, 4859, 4873; Rs. 52/69 *Geigy*, Slg. 1972, 787, 828.

Ablauf des Kalenderjahres beginnt. Weil das Gemeinschaftsrecht häufig keine Aussagen zur Verjährung einer darauf zurückzuführenden Rechtsposition macht, deren Vollzug aber den Mitgliedstaaten obliegt, hat das Problem der ergänzenden Anwendbarkeit der nationalen Verjährungsbestimmungen in derartigen Konstellationen nach wie vor allergrößte Relevanz. Zu prüfen sein wird unter anderem, ob die deutschen Verjährungsbestimmungen den vom Europäischen Gerichtshof entwickelten Gleichwertigkeits- und Effektivitätskriterien gerecht werden.²⁵ Bislang wurde zu wenig zur Kenntnis genommen, dass der Europäische Gerichtshof inzwischen die Streitfrage entschieden hat, ob nationale Fristbestimmungen für im Gemeinschaftsrecht wurzelnde Rechtspositionen erst dann beginnen können, wenn der jeweilige Mitgliedstaat die europäischen Vorgaben in ausreichender Weise im nationalen Recht umgesetzt hat. Da bei der Novellierung der zivilrechtlichen Verjährungsbestimmungen der Inhalt der Vorschläge der Lando-Kommission für ein europäisches Vertragsrecht mit berücksichtigt wurde,²⁶ lassen sich bereits jetzt erhebliche Wechselwirkungen zwischen dem Europa- und dem nationalen Verjährungsrecht ausmachen, die sich – sollte es etwa zu der zur Zeit zur Debatte stehenden Vereinheitlichung des Privatrechts kommen²⁷ – in absehbarer Zukunft aller Voraussicht nach noch verstärken und wegen der Querverbindungen zwischen Zivil- und Öffentlichem Recht auch im Verwaltungsrecht niederschlagen werden.

Bereits aufgrund dieser einleitenden Bemerkungen dürfte deutlich geworden sein, dass das Rechtsinstitut der Verjährung im Öffentlichen Recht eine Menge Probleme aufwirft, zu denen es in der heutigen Wissenschaft – von wenigen Ausnahmen abgesehen²⁸ – kaum eingehendere Stellungnahmen gibt. Im Gegensatz dazu hat sich die Literatur Anfang des vorigen Jahrhunderts intensiv mit dem Zeitmoment im Öffentlichen Recht befasst. Zu nennen sind die diesbezüglichen Dissertationen von *Schmidt* aus dem Jahre 1912,²⁹ von *Becker*³⁰ und *Förderreuther*³¹ aus den Jahren 1922/23 sowie von *Maas* (1932)³² und *Koschnik* (1936).³³ Ausgehend von diesem Hintergrund sowie den einzelnen positivrechtlichen Verjährungsbestimmungen im Öffentlichen Recht wird der Versuch unternommen, allgemeingültige Aussagen zur Verjährung in diesem Rechtsgebiet zu entwickeln. Dabei kon-

²⁵ EuGH, Rs. C-260/96 *Spac*, Slg. 1998 I-4997, 5019; C-231/96 *Edis*, Slg. 1998 I-4951, 4986; C-228/96 *Aprile*, Slg. 1998 I-7141, 7173; C-205 bis 215/82 *Deutsche Milchkontor*, Slg. 1983, 2633, 2669.

²⁶ BTDRs 14/7052, S. 178; abgedruckt sind die Vorschläge der Lando-Kommission in ZEuP 2001, 400 ff.

²⁷ KOM (2001) 398 endg.; s. auch *Grundmann* NJW 2002, 393 ff.; *Schulte-Nölke* JZ 2001, 917 ff.; *Schwintowski* JZ 2002, 205 ff.

²⁸ *Lange*, Die verwaltungsrechtliche Verjährung, 1984; *Wieland*, Die Verjährungsproblematik im Altlastenrecht, 1999; *de Wall*, Die Anwendbarkeit, S. 471 ff.

²⁹ *Schmidt*, Die Verjährung im öffentlichen Rechte, 1912.

³⁰ *Becker*, Die Verjährung im öffentlichen Recht, 1923.

³¹ *Förderreuther*, Die Verjährung im öffentlichen Recht, 1922.

³² *Maas*, Die Verjährung im öffentlichen Rechte, 1932.

³³ *Koschnik*, Die Verjährung im Verwaltungsrecht, 1936.

zentrieren sich die nachfolgenden Ausführungen auf einen Teilausschnitt des Öffentlichen Rechts, nämlich die Verjährung in Angelegenheiten des Verwaltungsrechts. Ziel der Studie ist es, die Konturen der Verjährung in diesem Rechtsgebiet in einer Weise herauszuarbeiten, dass sie als Grundlage für den Erlass einer Regelung des allgemeinen Verwaltungsrechts dienen können. Ohne diese Einschränkung besteht die Gefahr, dass infolge von zu weitgehenden Verallgemeinerungen die strukturellen Besonderheiten dieses Rechtsgebiets zu sehr vernachlässigt werden. Lediglich dort, wo dies sinnvoll erscheint, werden verbindende Strukturen zur Ausgestaltung der Verjährung in anderen Rechtsgebieten aufgezeigt. Eine eingehende Berücksichtigung der Rechtseinrichtung der Verjährung im Privatrecht ist jedoch unentbehrlich, weil mehrere öffentlich-rechtliche Normen auf dieses Bezug nehmen, das Zivilrecht hauptsächlich zur Lückenschließung in Betracht gezogen wird sowie mehrere öffentlich-rechtliche Ansprüche vormals der bürgerlichrechtlichen Verjährung unterlagen.

Die vorliegende Monographie wurde zu einer Zeit verfasst, in der sich – wie sich herausstellen sollte – die zivilrechtliche Verjährung grundlegend umgestaltet wurde. Begonnen wurde sie in einem Moment, in dem mit einer Änderung der seit mehr als hundert Jahren bestehenden zivilrechtlichen Verjährungsvorschriften nicht zu rechnen war. Im Zeitpunkt der Vollendung dieser Schrift waren zwar seit dem 1. Januar 2002 neue zivilrechtliche Verjährungsbestimmungen in Kraft getreten. Es blieb aber weitgehend offen, welche Konsequenzen diese Verjährungsrechtsreform für das Öffentliche Recht nach sich ziehen wird. Obwohl die Bundesregierung auf eine Anfrage des Bundesrats anlässlich der Reform der §§ 194 ff. BGB geantwortet hatte, „dass auch die Verjährungsvorschriften in zahlreichen Sondergesetzen daraufhin überprüft werden müssen, ob sie durch die regelmäßige Verjährungsfrist ersetzt werden können oder ob Bedarf für eine abweichende Verjährungsregelung besteht und wie dieser Bedarf an das neue Fristenschema angeglichen werden kann“,³⁴ wurden durch das Gesetz zur Einführung einer kapitalgedeckten Hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherung und zur Änderung anderer Gesetze vom 21. Juni 2002 überraschend die einzige Verjährungsvorschrift im Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes sowie die sozialrechtlichen Verjährungsbestimmungen geändert.³⁵ Wirft man einen Blick auf die Begründung dieses Gesetzes, ging es dem Gesetzgeber vor allem darum, die Terminologie der öffentlich-rechtlichen Verjährungsnormen an das novellierte Zivilrecht anzugleichen. Eine eingehende Prüfung, ob sich das zivilrechtliche Verjährungsmodell ohne weiteres in das Öffentliche Recht einfügt bzw. einfügen lässt, fand, soweit ersichtlich, nicht statt. Zugleich hat der Gesetzgeber die Chance versäumt, bestehende Mängel des öffentlich-rechtlichen Verjährungsrechts auszuräumen.

³⁴ BTDRs 14/6857, S. 42.

³⁵ BGBl 2002 I 2167.

Im Interesse einer möglichst umfassenden Darstellung der verwaltungsrechtlichen Verjährung werden nachfolgend auch die zwischenzeitlich geänderten öffentlich-rechtlichen Verjährungsvorschriften und ihre Auswirkungen auf den Umgang mit der Verjährung im Öffentlichen Recht insgesamt behandelt. Deshalb wurde am Ende dieser Schrift ein Kapitel zur „Reaktion des Gesetzgebers auf die Änderung der bürgerlichrechtlichen Verjährungsvorschriften im Öffentlichen Recht“ aufgenommen. Für den Gang dieser Studie bedeutet dies: Die verwaltungsrechtliche Verjährung wird aus chronologischer Perspektive in vier Schritten erörtert. Ausgangspunkt ist die Rechtslage, wie sie sich vor der Verjährungsrechtsreform im Bürgerlichen Gesetzbuch durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz darstellt (Teil II). Im Anschluss daran werden die ab 1. Januar 2002 maßgeblichen zivilrechtlichen Verjährungsregelungen vorgestellt und ihre Konsequenzen im Falle einer Übertragung in das Öffentliche Recht aufgezeigt (Teil III). Teil IV behandelt die Verjährung im Öffentlichen Recht nach der Novellierung einzelner öffentlich-rechtlicher Verjährungsvorschriften durch das Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherungs-Neuregelungs-Gesetz. Die Studie schließt mit der Erörterung gemeinschaftsrechtlicher Bezüge der Verjährungsproblematik (Teil V).

Indem die Verjährung vor der Novellierung der zivilrechtlichen Verjährungsbestimmungen durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz den Ausgangspunkt dieser Studie bildet, kann man sich einen guten Überblick über den bislang im Hinblick auf die Verjährung im Öffentlichen Recht maßgeblichen Rechtszustand einschließlich seiner Hintergründe, aber auch Schwächen verschaffen. Die Kenntnis der alten Rechtslage ist schon deshalb unerlässlich, weil sich zumindest für eine gewisse Übergangsperiode nur anhand eines Zusammenspiels alter und neuer Verjährungsvorschriften ermitteln lässt, ob eine Rechtsposition verjährt ist. Verlangt zum Beispiel die öffentliche Hand vom Einzelnen die Begleichung eines im Öffentlichen Recht wurzelnden vermögensrechtlichen Anspruchs und ist der Verpflichtete der Ansicht, dieser sei vor dem 1. Januar 2002 verjährt, muss zur Klärung dieser Streitfrage auf das alte Recht zurückgegriffen werden. Ähnlich verhält es sich, wenn unklar ist, ob vor diesem Zeitpunkt ergriffene Maßnahmen den Ablauf der Verjährungsfrist suspendiert haben. Außerdem lassen sich anhand einer Analyse der bisherigen Rechtslage diejenigen Punkte herauskristallisieren, in denen eine analoge Anwendung der zivilrechtlichen Verjährungsnormen angesichts der anderen Strukturen und Zielrichtungen des Verwaltungsrechts problematisch ist bzw. zu keinen befriedigenden Ergebnissen führt. Im Mittelpunkt der Darstellung werden vor allem die Behandlung des Gegenstands und der rechtlichen Grundlagen der Verjährung im Verwaltungsrecht stehen – Aspekte, die wegen der auf der Hand liegenden anderen Interessenlage weitestgehend isoliert vom Zivilrecht sind. Daneben sind aber auch Detailfragen des Verjährungsrechts zu behandeln.

Im Teil III dieser Abhandlung werden zunächst die am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen zivilrechtlichen Verjährungsvorschriften vorgestellt. Ursprünglich war geplant, die neuen Bestimmungen aufgrund einer ausdrücklichen Anordnung in einem einzufügenden § 194 Abs. 3 BGB auch auf Rechtsgebiete außerhalb des Bür-

gerlichen Gesetzbuchs und damit zugleich auf das Öffentliche Recht zu erstrecken.³⁶ Davon hat man aber abgesehen, weil in der Zivilistik bezweifelt wurde, ob die novellierten zivilrechtlichen Regelungen ohne weiteres im Öffentlichen Recht zu sinnvollen Ergebnissen führen werden.³⁷ Aus diesem Grund wird eingehend untersucht, inwieweit sich die novellierten zivilrechtlichen Verjährungsbestimmungen für eine Übernahme in das Öffentliche Recht eignen. Zudem ist kritisch zu hinterfragen, in welchem Maße die Motive für die Neustrukturierung der zivilrechtlichen Gesetzesbestimmungen auf verwaltungsrechtliche Rechtspositionen zutreffen. Da bis zum Inkrafttreten des Hüttenknappschaftlichen-Zusatzversicherungs-Neuregelungs-Gesetzes der öffentlich-rechtliche Sektor von der Novellierung der zivilrechtlichen Verjährungsbestimmungen ausgeblendet blieb, ergaben sich eine Reihe interessanter Rechtsprobleme, die Folge der häufig anzutreffenden Anbindung des öffentlich-rechtlichen Verjährungsrechts an das Zivilrecht sind. Weil mehrere spezialgesetzliche Verjährungsbestimmungen auf die entsprechenden zivilrechtlichen Normen Bezug nehmen, ist zu klären, ob diese weiterhin durch die bisher geltenden oder novellierten bürgerlichrechtlichen Verjährungsvorschriften zu ergänzen sind. Im zuletzt genannten Fall kommt man nicht um die Beantwortung der bis heute weder in der Rechtsprechung noch der Wissenschaft abschließend geklärten Frage der Verfassungswidrigkeit bzw. Verfassungsgemäßheit dynamisch verweisender Gesetzesbestimmungen umhin.³⁸ Soweit eine spezialgesetzliche Regelung der Verjährung einer öffentlich-rechtlichen Rechtsposition fehlt, ist zu überlegen, ob nunmehr die Lücken im öffentlich-rechtlichen Verjährungsrecht durch eine ergänzende Heranziehung der bisher geltenden oder der novellierten zivilrechtlichen Verjährungsbestimmungen zu schließen sind.

Gegenstand des vierten Teils dieser Studie ist die am 21. Juni 2003 in Kraft getretene Novellierung einzelner öffentlich-rechtlicher Verjährungsvorschriften. Die neu gestalteten Verjährungsrechtsnormen gelten für sämtliche von ihnen erfassten öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen, die erst in diesem Augenblick oder danach entstanden sind. Grundsätzlich finden sie auch auf solche Sachverhalte Anwendung, bei denen in diesem Zeitpunkt noch keine Verjährung eingetreten war. Die neuen Vorschriften sind rückwirkender Natur. Es soll so verfahren werden, als seien sie gleichzeitig mit dem Schuldrechtsmodernisierungsgesetz am 1. Januar 2002 in Kraft getreten. Daneben muss man die Übergangsregelungen zu den novellierten öffentlich-rechtlichen Verjährungsvorschriften im Blick haben. Sie regeln zum Beispiel, wie rechtlich diejenigen Situationen zu bewerten sind, in denen durch eine Maßnahme vor dem 1. Januar 2002 auf den Lauf der Verjährungsfrist eingewirkt wurde, deren Wirkungen aber über diesen Zeitpunkt hinaus fort dauern. Weil es

³⁶ S. den Abdruck des Diskussionsentwurfs bei *Ernst/Zimmermann*, Zivilrechtswissenschaft, S. 614.

³⁷ *Dötsch* NWVBl 2001, 385, 388; *Ernst* ZRP 2001, 1, 3; *Krebs* DB 2000 Beilage Nr. 14; Anmerkung zur neuesten Fassung des Verjährungsrechts in der konsolidierten Fassung eines Diskussionsentwurfs eines Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes von *Dauner-Lieb/Arnold*, S. 3.

³⁸ BVerfGE 78, 32, 36; 67, 348, 363; 47, 285, 312.

nunmehr erste Festlegungen des Gesetzgebers dazu gibt, wie sich die zivilrechtliche Verjährungsrechtsreform und einzelne Vorgaben des Öffentlichen Rechts in Verjährungsfragen zueinander verhalten, ist in einem zweiten Schritt zu prüfen, ob und welche Konsequenzen daraus für den Umgang mit der weiterhin vielfach ungeregelt gebliebenen Verjährung im Öffentlichen Recht zu ziehen sind.

Obwohl sich der Gesetzgeber dazu entschlossen hat, einige der dringendsten Fragen zum weiteren Umgang mit den spezialgesetzlichen öffentlich-rechtlichen Verjährungsvorschriften nach der Reform der §§ 194 ff. BGB selbst zu regeln, ist der gegenwärtige Rechtszustand in Bezug auf die verwaltungsrechtliche Verjährung unbefriedigend. Während im Zivilrecht sehr detaillierte Verjährungsbestimmungen existieren, fehlt im Öffentlichen Recht eine eingehende Regelung dieses Rechtsinstituts. Aus diesem Grund ist vielfach unklar, wie die Verjährung von öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen zu behandeln ist. Mit der Novellierung der bürgerlich-rechtlichen Verjährungsnormen durch das am 1. Januar 2002 in Kraft getretene Schuldrechtsmodernisierungsgesetz³⁹ wollte der Gesetzgeber für dieses Rechtsgebiet ein Regelungsmodell der Verjährung zur Verfügung stellen, das den Bedürfnissen des heutigen Rechts- und Wirtschaftsverkehrs gerecht wird. Dieses Ansinnen gilt nicht minder für das Öffentliche Recht. Auch hier muss man sich fragen, inwieweit die dortigen Verjährungsnormen bzw. die von der Praxis vorgenommenen Lückenschließungen den heutigen Gegebenheiten entsprechen. Es wäre endlich an der Zeit, auch für dieses Rechtsgebiet eine allgemeine Regelung der Verjährung aufzustellen. Denn der Auslotung des öffentlich-rechtlichen Verjährungsrechts durch die Praxis sind Grenzen gesetzt, weil sie sich bei der Lückenschließung am übrigen Normbestand zu orientieren hat, grundsätzliche Neuerungen im Verjährungsrecht nicht ihrem Aufgabengebiet anheim fallen. Da das Rechtsinstitut der Verjährung die Herbeiführung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden bezweckt, ist es sowohl für den Bürger als auch die Verwaltung von immenser Wichtigkeit, die zeitlichen Schranken einer öffentlich-rechtlichen Rechtsposition eindeutig bestimmen zu können.

³⁹ BGBl 2001 I 3138.

Namens- und Sachwortverzeichnis

- Abkürzung der Verjährung 552f., 576
Ablaufhemmung 53, 384, 388, 454f., 571, 581, 601, 642, 645, 647, 649, 651, 739
Abrissanordnung 85, 150, 226, 229, 234ff., 238
Abwägung 88, 110f., 114, 118, 127, 131, 165, 211, 226f., 234, 236f., 239, 252, 255, 257, 275, 291, 335, 343, 355, 383, 385ff., 391, 396, 405, 436, 439, 451, 455, 465, 483, 508, 536, 538, 565f., 588f., 594, 599, 625f., 679, 707, 728, 732, 738
Rs. Adams 672, 677, 704
Akademischer Grad 161, 239
Akquisitivverjährung 14, 493
Akteneinsicht 467
Rs. Alcan 708, 710
Allgemeine Handlungsfreiheit 300, 322ff., 445
Allgemeiner Teil
– des Rechts 260
– des Verwaltungsrechts 2, 342, 481
Allgemeiner Rechtsgedanke 2, 259, 268ff., 278ff., 364, 425, 445, 465, 500, 503, 539, 635, 645, 658, 735 s. auch bei Rechtsgrundlagen
Allgemeiner Rechtsgrundsatz 2, 208, 259, 268ff., 272ff., 287, 445, 500, 505, 539, 735
– im Europarecht 271f., 662, 664, 666, 678, 714f., 728
s. auch bei Rechtsgrundlagen
Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten 15, 74, 256, 260f., 276, 494f., 553, 731
Altlast 3f., 80, 114, 138, 140ff., 154, 162, 195, 230ff., 239, 241ff., 289, 307, 320, 362, 381ff., 393, 515, 590, 734
Amtshaftungsanspruch 58ff., 70, 254, 412f., 471, 572, 592f., 602, 639, 662, 712, 723
– Österreich 64, 216, 412f.
– Verjährungsbeginn 59f.
– Verjährungsunterbrechung 61f., 412
Amts wegen, Berücksichtigung von 5, 32, 57, 70, 78f., 84, 106, 418, 427f., 456ff., 463, 470, 527, 549f., 678, 737
Analogie 3, 8, 25, 66, 147, 162, 215, 265, 267ff., 278ff., 282f., 287ff., 362, 364f., 385, 395, 426, 468f., 499, 501, 517, 527, 539, 545, 547, 549, 557ff., 586, 589, 593, 635f., 649f., 652ff., 676f., 705, 707
– Lücke 2, 10, 26, 172, 279, 282, 285, 287ff., 314f., 331f., 341, 347f., 385, 395, 426, 468, 517, 534f., 541, 550, 554, 559, 587, 589, 635f., 641, 649, 731, 735, 739f.
– Verfassungsrechtliche Zulässigkeit 299ff., 501, 635, 649
– Vergleichbarkeit 26, 66, 147, 279f., 287, 290ff., 307, 364, 373, 383, 385, 388, 401, 412ff., 426, 434, 682, 707, 735, 740
– Bundesrecht 292, 735
– Landesrecht 292, 353, 735
s. auch bei Rechtsgrundlagen
Analogieverbot (Art. 103 Abs. 2 GG) 300ff.
Analogverweisung 610f.
Anastasio 13
Anerkenntnis 16, 69, 218, 248, 392, 394, 473, 478f., 544f., 583f., 602, 678
Anhörung 172, 400, 402f., 432, 434, 600
Anlaufhemmung 384
Anscheinsgefahr 142
Anscheinstörer 232
Anschütz, Gerhard 3, 327
Anspruchskonkurrenz 64, 231, 587
Anspruchsverjährung 27, 70, 132ff., 135f., 176, 178f., 213ff., 257, 261f., 281, 417, 481, 528, 567, 589, 668, 733 s. auch bei den einzelnen Ansprüchen, insbesondere (nicht-) vermögensrechtlicher Anspruch
Antrag 29f., 44, 52f., 70, 82, 168, 217, 369, 371, 413f., 465, 488, 543f., 548, 601, 642, 647ff., 736, 739
Anwaltszwang 469
Anwendungsvorrang 685f., 692, 729
Äquivalenzgrundsatz s. Gleichwertigkeitsgrundsatz
Aufopferungsanspruch 64f., 144, 598, 637
Aufrechnung 3, 58, 69, 300, 323f., 579, 584
Ausführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuch 20, 68ff., 360f., 365f., 369, 423, 473, 596
Auskunft 32, 49, 60, 62, 152f., 154, 387, 448f., 452, 467f., 471

- Ausschlussfrist 14, 20, 148, 215 f., 218, 220 f.,
 277, 348, 352, 376 f., 425, 432, 445, 499, 511,
 514, 516 f., 523 ff., 591, 690, 694 f., 701 f.,
 704 f., 707 ff., 721 f., 725, 736, 738
 – Beginn 532, 711
 – Dauer 531 f., 535, 553
 – Definition 524
 – Gegenstand 528 f.
 – Hemmung 215 f., 527, 530, 532 ff., 546 ff.,
 550, 554 f., 591
 – Unterbrechung 215, 527, 530, 536, 543 ff.,
 550
 – Wiedereinsetzung 536 ff., 549, 554 f., 738
 – Wirkung 549 ff., 557
 – Zweck 432, 529 ff., 532, 534, 537, 540,
 545 ff., 553 f., 559
 Außenwirkung 56, 399
 Außergerichtlich 133, 137 f., 359, 467, 600,
 669 f.
 Außerkräfttreten 163 f., 605 f., 614, 626, 637
- Beamtenrecht 35 ff., 354, 379 f., 382, 394 f.,
 434, 448 f., 489 f., 520 f., 526, 592 f., 611 f.
 – Ausübung der Verjährungseinrede 46 f.,
 443
 – Verjährungsbeginn 40 ff., 354, 379 f.
 – Verjährungshemmung 44
 – Verjährungsunterbrechung 44
 – Verjährungswirkung 44 f.
 s. auch bei Besoldung, Schadensersatzanspruch
 des Dienstherrn
 Befangenheit 466
 Befristung 20, 309, 517 ff., 526 ff., 558 f., 738
 Beginn der Verjährung 280, 354 ff., 367 ff.,
 493, 532, 557, 564, 568 ff., 575, 590 f., 643,
 645 f., 650 f., 654 f., 666 f., 670 ff., 697 ff., 711,
 722, 725 f., 729, 736, 738 ff.
 – Altlast 381 ff.
 – Amtshaftungsanspruch 59 f.
 – außervertragliche Haftung der Gemein-
 schaft 670 ff.
 – Beamtenrecht 40 f., 354
 – Erstattung gemeinschaftsrechtswidriger Bei-
 träge 697 ff.
 – Haftung der Mitgliedstaaten wegen Gemein-
 schaftsrechtsverstößen 725 f.
 – Landesgebührenrecht 66, 70
 – langwierige Situationen 44, 380 f.
 – Sozialrecht 28 f., 31, 354, 649, 651
 – subjektiver Verjährungsbeginn 357, 372 f.,
 376 f., 569 f., 591, 651, 736 s. auch bei Kennt-
 nis
 Begründetheitsprüfung der Klage 5, 116,
 459 f., 667 f., 679
 Begründung 34, 442
- Beibringungsgrundsatz 427 f., 458
 Beihilfen 704 ff.
 – Beihilfeverfahrensverordnung 706, 710 f.,
 728, 741
 – Gemeinschaftsbeihilfen 704 ff., 706, 708 f.,
 726
 – Verjährung bei der Rückforde-
 rung 704 ff., 726
 – staatliche Beihilfen 706 ff., 741
 – Verjährung bei der Rückforderung 706 ff.,
 741
 Beiladung 29, 417 ff., 656
 Bekanntgabe 51 f., 56
 Berechnungsfehler 448, 451
 Beschleunigung 77, 81, 85, 87, 92, 113, 117,
 119, 143, 251, 254, 322, 339, 356, 361, 377,
 399, 432, 482, 487, 493, 529 f., 573, 596 ff.,
 640, 732
 Besoldung 35 ff., 176, 186, 222, 343, 359, 363,
 489, 520, 586, 639, 739
 Bestandskraft 93, 107 f., 120, 356, 401, 403 ff.,
 416, 461, 463 f., 472, 589, 643 f., 648, 650 f.,
 653 f., 740
 Bestimmtheit 302, 325, 333 ff., 373, 608 f.,
 614 f., 617, 636
 Bestrafung 76, 84, 301 f.
 Beweislast 79, 83, 114, 228, 341, 482 f., 485,
 492, 699
 Beweisschwierigkeiten 26 f., 48 f., 51, 74 f.,
 79 f., 87 f., 104, 113, 117, 119, 129, 143, 159 ff.,
 163 f., 168, 173, 221, 225, 229, 232, 234, 245,
 255 f., 275, 302, 349, 355 f., 366 ff., 373, 377,
 379, 382, 387, 393 f., 421, 476, 491, 510, 529,
 534, 557, 565, 571, 577, 595, 597, 732, 734,
 726 s. auch bei Sachverhaltsaufklärung
 Binding, Karl 135
 Bösgläubigkeit 45, 74, 79, 99 ff., 447, 496, 573
 Rs. Brasserie du Pêcheur 714, 721 f.
 Budgetsicherheit s. bei Haushaltsplanung, ver-
 lässliche
 Bühler, Ottmar 176, 182
 Rs. Bühring 676
 Bundesstaatsprinzip 65, 68, 311 f., 346, 353,
 358, 489, 613 f., 618, 629 ff., 735
 Bundestreue 358 f., 389
 Bundeswehr 42
- Case law 336
- Dantscher von Kollesberg, Theodor Ritter
 158
 Dauer der Verjährung 354 ff., 567 ff., 552 f.,
 590 ff., 628, 654, 693 ff., 735, 739 f. s. auch bei
 Verjährungsfrist
 Rs. De Compte 682

- Demokratieprinzip 268, 282, 300, 312 ff., 326, 334, 339, 349, 351, 353, 613, 617 ff., 632 f., 735
- personelle Legitimation 313, 317
 - sachliche Legitimation 313, 315, 317 f.
 - stillschweigende Willensbildung 316, 621
- Dichotomie zwischen Öffentlichem Recht und Privatrecht 2, 263, 316
- Disponibilität eines Rechts 224 f., 429, 478, 552 f., 598, 629, 719
- Dispositionsmöglichkeit 48 f., 74, 76, 81, 103, 114, 129, 168, 175, 218, 221, 247 f., 255, 275, 302, 399, 482, 565, 636, 732 f.
- für die Verwaltung 507, 509, 512 f., 515
- Disziplinarrecht 47 f., 222, 301, 484, 682
- Duldung 219
- Effektivität des Gemeinschaftsrechts 685, 689, 693 ff., 697, 704, 717 f., 723 ff., 727, 729, 741 s. auch bei Wirksamkeit
- Eigentumsgrundrecht 208 ff.
- Einbürgerung 238
- Eingriffsbefugnis, behördliche 147, 149, 151, 164, 195, 218 f., 222, 226, 230 f., 244, 247, 249 ff., 252, 264, 289, 300, 307 f., 371, 400, 512, 515, 528, 589 f., 598, 735 f.
- Einheit der Rechtsordnung 139, 141, 365, 502, 612, 629, 739
- Einrede 5, 31, 34, 45, 73, 77 f., 82, 84, 87 f., 116, 126, 133, 233, 359, 436 ff., 445 ff., 457 ff., 460 ff., 463 ff., 471 f., 474, 476 f., 479, 482 f., 521, 527, 549 ff., 553, 667, 672, 678 ff., 681, 704, 736 f., 740
- Verzicht 35, 45, 58, 454, 472, 515, 679 ff.
- s. auch bei Leistungsverweigerungsrecht
- Einstweiliger Rechtsschutz 564, 579 f., 601
- Einzelermächtigung, begrenzte 692
- Elastizität 89, 499, 513, 520, 544, 548 f., 554, 556
- Rs. Emmott 697 f., 700 ff., 725, 727
- Enteignender Eingriff 64 f., 267, 598, 637, 639
- Enteignungsgleicher Eingriff 64 ff., 267, 598, 637, 639
- Entlastung 302, 352, 430, 470, 606, 732
- der Gerichte 77 f., 83 f., 86, 117 f., 484, 530, 569
 - der Verwaltung 84, 86, 530
- Entstehung, Anspruch 5, 28, 40 f., 195 ff., 367 ff., 374 ff., 381, 415, 487 f., 493, 532, 557, 569, 575 f., 590, 593 ff., 626, 650 f., 697, 726, 729, 733 f.
- Erfüllbarkeit des Anspruchs 35, 133, 472 ff., 476, 479
- Erlöschen 49, 57, 67 ff., 70, 83 f., 86, 88, 116 f., 219, 224, 233, 280, 283, 321, 328, 423 ff., 437 ff., 443, 445 f., 452, 456, 458 ff., 465, 468, 470, 473, 475 ff., 483 f., 493, 513, 515, 517, 519 ff., 524, 526 f., 530, 533, 549 ff., 554, 556, 584 f., 602, 628, 687, 704, 726, 732, 736 ff.
- Ermessen 32 f., 35, 40, 45 ff., 84, 97, 105, 111, 124, 126 f., 203, 206, 210 f., 219, 225 ff., 233, 239, 245 f., 249, 258, 330 f., 336, 339, 362, 371, 375, 377, 407, 418, 429, 438 ff., 446, 451 f., 455, 467, 535, 590, 598, 705 f., 708, 715 f., 733 f., 737
- intendiertes 33, 438, 440
- Ermessensreduzierung auf Null 33 f., 40, 211, 225 f., 442, 455, 535, 716
- Ersitzung 14, 19 f., 494 ff., 558
- Erstattung gemeinschaftsrechtswidriger Beiträge 684, 690 ff., 721
- Verjährung 693 ff.
 - Verjährungsbeginn 697 ff.
 - Verjährungsfrist 695 ff., 703
 - Verjährungshemmung 703 f.
 - Verjährungsunterbrechung 704
 - Verjährungswirkung 704
- Erstattungsanspruch 2, 38, 54 f., 68, 176, 193, 253, 270, 296, 359 f., 363, 374 ff., 390, 456, 476, 478, 524 f., 527, 531 f., 537, 548, 556 f., 593, 596, 642, 650
- Erzieherischer Druck 26, 77, 81, 87, 322, 339, 437
- EuGH zur Verjährung bei fehlenden Rechtsvorschriften 5, 682 f., 705, 728
- Europarecht 5 f., 177, 271 f., 562 f., 566, 569, 586, 588, 637 f., 661 ff., 740 f.
- Beihilfen s. dort
 - Erstattung gemeinschaftsrechtswidriger Beiträge 690 ff. s. dort
 - Haftung der Gemeinschaft aus außervertraglicher Haftung 662 ff., 714 f., 719 f., 722, 740 s. dort
 - Haftung der Mitgliedstaaten wegen Gemeinschaftsrechtsverstößen 684, 696, 712 ff., 741 s. dort
 - Kollision mit nationalem Recht 684 ff.
 - direkte 685, 688 f.
 - indirekte 688 ff., 692, 729
 - Organ 663, 675 f., 679 f., 728
- Existenzminimum 85
- Extinktivverjährung 14, 19 ff.
- Fachaufsicht 42, 379 f.
- Fälligkeit 25, 28, 30, 52, 55, 66, 68 f., 356, 367 ff., 402, 488, 512, 575, 643
- formelle 370 f.
- Familienrecht 134, 149, 170, 262, 574
- Rs. Fantask 701 f.

- Feststellungsklage 29, 40, 42, 167, 402, 410, 578, 665 f., 670 f.
 Fiktion 126, 150, 406, 409, 498
 Finanzielles Gleichgewicht 699
 Finanzplanung, verlässliche s. bei Haushaltsplanung
 Fiskalische Interessen 34, 45, 47, 436, 438 f., 441, 443 f., 682, 737
 Fiskustheorie 17, 139, 145, 147, 296, 528, 589
 Fleiner, Fritz 296
 Folgenbeseitigungsanspruch 140 f., 264, 342 f., 362, 590
 Folgeschaden 42
 Formenwahlfreiheit 291, 337 f.
 Rs. Francovich 712 f., 725
 Funktionslosigkeit 163 f.
 Fürsorgepflicht 40 f., 43, 45 f., 443
- Gebundene Verwaltungsentscheidung 124, 128, 144, 225 f., 229, 440
 Gefahr 162, 168, 180, 198, 202 ff., 218, 220, 230 ff., 242, 245 ff., 252
 Gefahrenabwehr 151, 164, 168, 180, 199, 202 f., 208, 212, 217, 230 ff., 241, 262
 – effektive 142, 202 f., 207, 229, 233 f., 244, 734
 Gefahrenabwehrrecht 126, 244, 246 s. auch bei Polizeirecht
 Gefahrenbeseitigungspflicht 143, 198, 201 f., 204 ff., 210
 Gegenstand der Verjährung 8, 132 ff., 528 f., 589, 731, 733 ff.
 – Öffentliches Recht 137 ff.
 – Strafrecht 135 ff., 146, 154
 – Zivilrecht 132 ff., 143 f., 149, 154, 734
 Gemeines Recht 14, 260 f., 731
 Gemeinlastprinzip 250 ff.
 Gemeinschaftsbedienstete 681 ff.
 Genealogie der Verjährung 12 ff.
 Generalklausel 305, 334 f.
 – polizeirechtliche 195, 197 ff., 205 f., 210, 212, 214, 239
 Gerechtigkeit 74, 80, 104, 108, 110 f., 113 ff., 119, 229, 243, 272 f., 275 f., 287, 298, 300, 304, 309, 330, 332, 334 f., 342 f., 369, 375, 387, 389, 391, 396, 415, 421, 437 ff., 443 f., 446, 450 f., 453 f., 466 f., 470, 499, 502 f., 506, 532, 534, 539, 554, 558, 732
 Gesamtschuldner 58, 197, 239
 Geschäftsfähigkeit 540
 – beschränkte 54, 388, 420, 581
 – geschäftsunfähig 54, 216, 388, 420, 581
 Gesetzesbindung 31, 81, 84, 101, 105, 113, 131, 139, 152, 163, 181 f., 185, 193 f., 253, 271, 289, 294, 301, 303 f., 313, 329, 334, 341, 398, 405, 415, 429, 442 f., 449, 469, 472, 475, 477, 509, 592, 596, 735
 Gesetzesvollzug 97 f., 106, 111 ff., 119, 124 ff., 129, 131, 205, 306, 333, 607
 – effektiver 82, 86, 104, 154, 356
 Gesetzesvorbehalt 66, 181, 283, 300, 302, 318 ff., 340, 349 f., 494, 557 f., 625
 – allgemeiner 326 ff.
 – bei Art. 2 Abs. 1 GG 322 ff.
 – Totalvorbehalt 319
 Gesetzesvorrang 33, 283
 Gesetzgebung 124, 165, 182, 270, 302, 329, 503, 620
 Gesetzgebungskompetenz 2, 68, 263, 304 f., 308, 312, 480 ff., 629 ff., 735
 Gesetzmäßigkeit 80, 82, 97, 99 ff., 103 ff., 110 ff., 114, 125, 127, 184, 235, 300, 327 f., 342, 436 ff., 450 f., 456, 458, 462, 476, 506, 594, 597, 732
 Gestaltungsrecht 27, 135, 212 ff., 257, 499, 512, 524, 528, 545, 584, 589, 734
 Gestaltungsspielraum 114, 118, 121 f., 187, 201, 244, 277, 304, 309 f., 315, 343, 345 f., 350, 355, 390, 405, 429 f., 433, 475, 478, 517, 532, 546, 552, 554, 558, 566, 569, 594, 628, 630, 635, 738
 – der Verwaltung 128, 210, 362, 439, 442, 487, 733
 Gewaltenteilung 124 f., 163, 282, 287 f., 300, 302 ff., 317, 319, 323, 348 ff., 353, 415, 467, 735
 Gewinn 241 ff., 258
 Wohnheitsrecht 162 f., 208, 259, 264 ff., 274, 326, 364, 425, 445, 492, 499, 564, 623, 735
 Giacometti, Zaccaria 304, 307, 327
 Gläubigerschutz 76, 80, 421
 Gleichheit 33 f., 65, 68, 106, 113 f., 122 ff., 137, 205, 228, 230, 248, 273 f., 282 f., 285, 292, 298, 312, 325, 333, 336, 343 ff., 349 ff., 359 ff., 377, 430, 439 f., 442 f., 509, 517, 567, 598, 634, 705, 709, 735
 Gleichordnung 129 ff., 170, 181 f., 184, 195, 294, 319, 404, 465
 Gleichwertigkeitsgrundsatz 692, 696, 717 f., 723 f., 726, 729, 741
 Grawein, Alexander 19, 515, 523
 Grob fahrlässige Unkenntnis s. bei Unkenntnis
 Grundpflicht 207 f., 243
 Grundrechtsfähigkeit 174, 189
 Gutgläubigkeit 495 ff. s. auch bei Bösgläubigkeit
- Haftung der Gemeinschaft aus außervertraglicher Haftung 662 ff., 714 f., 719 f., 722, 740

- Amtstätigkeit 663
- Kausalität 665
- Schaden 665, 671
- Schadensersatzklage 665 f., 669 ff., 673 ff.
- Schutznorm 664
- Verjährung (Art. 46 EuGH-Satzung) 662, 666 ff., 694, 705, 707, 722, 724, 728, 740
 - Beginn 670 ff., 677, 740
 - Hemmung 681
 - Rechtsnatur 667 ff., 674, 681, 722, 740
 - Unterbrechung 673 ff., 680 ff., 722, 740
 - Wirkung 678 ff., 741
 - Zweck 667, 669 f., 673, 679
- Verschulden 664
- Haftung der Mitgliedstaaten wegen Gemeinschaftsrechtsverstößen 684, 696, 712 ff., 741
 - Herleitung des Anspruchs 712 ff.
 - Verankerung des Anspruchs 717 ff., 723, 741
 - Verjährung 718, 721 ff., 741
 - Voraussetzungen 715 ff.
- Haushaltsplanung, verlässliche 26 f., 34, 83, 85, 86, 256 f., 348, 355 f., 360 f., 364, 430, 446, 530, 534, 591, 596, 598, 694, 697, 700, 702, 732
- Hemmung der Verjährung 46, 163, 218, 266 f., 384 ff., 392 f., 421, 453 ff., 481, 483, 485, 487, 493, 513 f., 519, 521 f., 532 ff., 550, 554 f., 559, 563 f., 571, 575, 577 ff., 599 ff., 603, 608, 611 f., 615, 624, 636, 642 ff., 645 ff., 653 ff., 680, 687, 696, 703 f., 724, 726, 735 f., 738 ff.
 - Beamtenrecht 44, 385
 - Begriff 384, 392, 532, 581, 644
 - Landesgebührenrecht 67
 - Sozialrecht 29, 384, 389, 642 f., 647 f., 649 ff.
 - Steuerrecht 53 f., 55 f., 388 ff.
- s. auch bei den einzelnen Ansprüchen/Rechtsgebieten
- Hinweispflicht 5, 46, 428, 432, 456, 458, 463 ff., 737
- Hinzuziehung 418 f.
- Hobbes, Thomas 108
- Höhere Gewalt 29, 53, 55, 67, 218, 386 ff., 393, 397, 420, 453, 483, 536, 540, 542, 581, 601, 703 f.
- Hüttenknappschaftliches Zusatzversicherungs-Neuregelungs-Gesetz 7, 641 ff., 739 f.
- Individualinteresse 85 ff., 190, 253, 262, 732
- Intendiertes Ermessen 33, 440, 438
- Rs. Johnson 699
- Juristische Person 189, 378, 388
- Kalenderjahr 5 f., 16, 28 f., 31, 40, 52, 56 f., 67 f., 70, 130, 354 f., 357 f., 370, 409 f., 415, 532, 569, 571, 593 f., 597, 643, 650 f., 687, 729, 738
- Kausalität 34, 203, 245, 247 f., 663, 665, 716
- Kelsen, Hans 192
- Kenntnis 41 f., 46, 59, 68, 203 f., 223 f., 255, 327, 354 f., 357, 361, 368, 370, 372 f., 376 ff., 382 f., 421 f., 437, 468, 470 f., 476, 508, 512 f., 532, 534, 546, 564, 569 ff., 575, 590 ff., 602, 605, 620, 642, 650 f., 671 ff., 703 f., 724 ff., 736, 738, 740
 - zuständige Stelle/Person 42 f., 68 f., 378 ff., 736
- Kernbereich 303, 307 ff.
 - der Exekutive 124 ff.
- Klage 12 ff., 28 f., 31, 46, 53, 61, 77 f., 117 f., 133, 174 f., 182 ff., 217, 369, 388, 390, 393 f., 397 f., 401 ff., 405, 407 f., 410 f., 413 ff., 461 f., 483 ff., 488, 507, 536, 543 f., 547, 570, 578 f., 600, 608, 612, 642, 646, 655, 666, 668, 671 ff., 698, 726
 - s. auch bei Rücknahme
 - s. auch bei Unterbrechung
- Klagebefugnis 77, 116, 132 f., 137, 188 f., 195, 459 f.
- Klageverjährung 132, 137, 162, 216, 218, 276
- Kollegialorgan 43, 380
- Kollision Gemeinschaftsrecht – nationales Recht 684 ff.
 - direkte 685, 688 f.
 - indirekte 688 ff., 692, 729
- Kooperatives Handeln 154, 171, 434
- Kreditieren 77
- Rs. Lageder 687
- Landesgebührenrecht 66 ff., 426
 - Verjährungsbeginn 66
 - Verjährungsfrist 66
 - Verjährungshemmung 67
 - Verjährungsunterbrechung 67
 - Verjährungswirkung 67
- Landespolizeigesetze 65 f.
- Landesrecht 65 ff., 292, 311 f., 353, 485, 489 f., 613, 618 ff., 629 ff.
- Lando-Kommission 6, 566, 568 f.
- Leben 115, 137, 204, 231, 236 f., 239, 571 f.
- Legalisierung durch Untätigbleiben 149 f., 496, 595
- Leistungsklage 184, 410, 417, 477, 578
- Leistungsverweigerungsrecht 5, 31 f., 45, 70, 84, 149, 218 f., 224, 233, 280, 389, 399, 423, 431, 434 f., 439 ff., 452, 456, 458 ff., 463 ff., 470, 476 f., 483, 513, 515, 517, 521 f., 524, 527,

- 530, 550, 552, 554, 581, 584, 602, 628, 704, 726
s. auch bei Einrede
s. auch bei Erlöschen
s. auch bei Wirkung
Rs. Levez 727
Loyalität der Mitgliedstaaten 691 f., 714
Lücke 2, 10, 172, 285, 287 ff., 314 f., 331 f., 347 f., 385, 469, 517, 534 f., 541, 550, 554, 557, 559, 587, 589, 635 f., 641, 649, 731, 737, 739
s. auch bei Analogie
Macht der Zeit 73, 156, 575
Materielles Recht, (Zweck-)Verflüchtigung 85, 110 f., 113, 115, 150, 246 f., 356, 553, 595, 598, 732
Materiell-rechtlicher Charakter der Verjährung 49, 427, 475, 481 ff., 667 f., 700, 723, 728
Mayer, Otto 179, 284, 293, 527, 550
Mehrpoliges Rechtsverhältnis 139, 144, 197, 239 ff., 258, 320, 466, 500, 734
Menschenwürde 130, 156 f., 180, 273
Mitwirkung 47, 49, 187, 215, 329, 486, 600, 618, 620
Montesquieu, Charles de Secondat 302
Mord 115, 123, 136 f., 276
Multipolarität 240 s. auch mehrpoliges Rechtsverhältnis
Musterverfahren 419, 581
Nachbar 252 ff.
Nachlässigkeit in eigenen Angelegenheiten 76 f., 368
Naturalobligation 462 s. auch bei Leistungsverweigerungsrecht
Nebenzweck 72 f., 77, 84, 470, 484, 732
Neubeginn 582 f., 599 ff., 603, 609, 612, 642, 645 ff., 649, 651, 704, 711, 738 f.
s. auch bei Unterbrechung
Nichtstörer 230 f., 233 f., 241
Nichtvermögensrechtlicher Anspruch 134, 147 ff., 237 f., 257, 277, 281, 290, 294 f., 297 f., 341, 344, 528 f., 573, 597, 733
Normative Kraft des Faktischen 89
Objektives Recht 177, 191, 194, 212
Obliegenheit 82, 393
Öffentliche Ordnung 204
Öffentliche Sicherheit 200, 204, 207, 210
Öffentliches Interesse an der Verjährung 75, 85 ff., 732
Öffentlich-rechtlicher Vertrag 2, 69, 154, 168, 171, 182, 184, 190, 196 f., 430, 588, 598 ff., 610 f., 618
Ordnungsfrist 516, 522
Orientierungssicherheit 106, 373
Österreich 64, 219, 222 f., 247, 276, 327, 343, 412, 631
Pactum de non petendo 390
Rs. Palmisani 721, 725
Pflicht 177, 191 ff., 196 s. auch bei Polizeipflicht
Polizeipflicht 138, 141 f., 198 ff.
Polizeirecht 65 f., 191, 195, 197 ff., 210 ff., 229 ff., 244, 734
Polizeirechtlicher Entschädigungsanspruch 234
Polizeirechtlicher Kostenerstattungsanspruch 138 f., 141 ff., 176, 354
Präklusion 115, 255, 352, 459 f., 465, 529 f., 550 ff., 557
– formelle 524
– materielle 524 f., 642 f.
Praktische Konkordanz 110, 117, 210, 233, 340, 349, 387, 430, 501, 735
Preußen 14 ff.
Preußisches Allgemeines Landrecht 15, 74, 256, 260 f., 276, 494 f., 553, 731
Primärrechtsschutz 59, 61 f., 70, 412, 419, 602, 713, 726
Principles of European Contract Law 566, 568, 588
Privatautonomie 77, 81, 97, 105, 152, 185, 192, 231, 239, 258, 262, 294, 300, 415, 428, 433, 553, 599, 736
Privilegierung Staat 15, 20, 129, 146, 153, 398, 435, 546, 596
Prozesskostenhilfe 579 f., 601
Rahmengesetz 623
Realisierungssicherheit 106
Rechtsbehelfsbelehrung 411, 448 f.
Rechtsfindung 303 ff.
Rechtsfolgen der Verjährung s. bei Wirkung
Rechtsfortbildung 278, 283, 299, 307 ff., 317 ff., 323, 325 f., 332, 340, 342 ff., 348, 507, 587, 650, 723, 728 s. auch bei Rechtsgrundlagen
Rechtsfriede 2, 10, 26, 48, 72 f., 78, 81, 86 f., 91, 106, 108 ff., 114 f., 120, 123, 134, 137, 139, 141, 143, 154, 168, 173, 219, 225, 229, 231, 233 f., 242, 252, 254 f., 290, 301, 343, 351 f., 357, 365, 371, 377, 379, 388, 391, 394, 396, 399, 421, 425, 430, 437, 444, 450, 473, 496 f., 506, 511, 549, 557, 573, 588, 594, 596, 667, 694, 700, 721, 732 f., 736 f.
Rechtsgrundlagen der Verjährung im Verwaltungsrecht 259 ff., 734 f.

- allgemeiner Rechtsgedanke 259, 268 ff., 735 s. auch dort
- allgemeiner Rechtsgrundsatz 259, 268 ff., 272 ff., 735 s. auch dort
- Analogie 259, 265, 267 ff., 274, 278 ff., 282 f., 287 ff., 735 s. auch dort
 - analogiefähige Normen 290 ff.
 - Lücke 287 ff., 314 f., 331 f., 348, 735, 739
 - Zulässigkeit 299 ff.
- Gewohnheitsrecht 259, 264 ff., 735 s. auch dort
- unmittelbare Anwendung der §§ 194 ff. BGB 260 ff., 734
- Rechtskraft 107 ff., 120, 356, 408, 411, 413, 416, 421, 574 f., 578, 580, 590, 644, 651
- Rechtsmissbrauch 32 f., 35, 45 f., 58, 102, 127, 185, 359, 372, 377, 405, 432, 435 f., 438, 441 f., 444 ff., 545, 580, 701, 709, 727, 737
 - Überlegungsfrist 453, 455
- s. auch bei Treu und Glauben
- Rechtsnachfolger 246, 307
- Rechtsnormen 162 ff.
- Rechtsreflex 87, 175, 177
- Rechtsschutz 115 ff., 340 f., 448, 460, 466 f.
 - Rechtsweggarantie 115 f., 183, 340, 451, 536, 732
 - wirksamer 73, 115 f., 117, 120
- Rechtsschutzinteresse 182, 184, 413, 460
- Rechtssetzung 303 ff.
- Rechtssicherheit 2, 10, 26, 40 f., 48 ff., 72 ff., 76, 78, 86 f., 91, 106 ff., 110, 113 f., 120 f., 123, 128 f., 131, 138, 143, 154 f., 168, 172 f., 215, 219, 225, 227 ff., 231, 233, 235, 237, 242, 252, 254 f., 273, 275 ff., 290, 299 ff., 333 ff., 340, 343, 350 ff., 355 ff., 365 ff., 371 f., 384, 386 ff., 391, 394, 396, 399 f., 418, 421, 425, 430, 437, 444, 450 f., 455, 458, 464, 476, 494, 496 f., 506 f., 511, 529 f., 536, 538, 546 f., 549, 553 f., 565, 573, 586 ff., 591, 594, 596, 609, 635, 640, 643, 650, 656, 658, 667, 670, 673, 687, 689, 692, 694, 696, 699 ff., 707 f., 710 f., 721 f., 726 f., 732 ff., 738 s. auch Bestimmtheit
- Rechtsstaatsprinzip 73, 91 ff., 104 ff., 110 f., 118, 120, 137, 182, 300, 302, 326 f., 333 ff., 346, 350, 397, 443, 464, 466 ff., 470, 500 ff., 506, 558, 587 f., 608 f., 614 f., 618, 622, 658, 732
- Rechtsverhältnis 165 ff., 195, 358, 466, 500, 733
 - allgemeines 167, 180 f.
 - besonderes 167 f.
 - Entstehungsgründe 168
 - materielles 168
 - Verfahrensrechtsverhältnis 168
- Rechtsverordnung 622 f.
- Rechtsverweigerung 332, 341
- Rechtsweggarantie 115 f., 183, 340, 451, 536, 732
- Regressanspruch 43, 249, 378, 417, 565
- Revisionsverfahren 34
- Richterrecht 304 f., 323 f., 498, 506, 510, 558, 563, 592 s. auch bei Rechtsfortbildung, Rechtsgrundlagen
- Richtlinien(-umsetzung) 697 ff., 713, 715, 719 f., 725 f., 741
- Römisches Recht 12 ff., 162, 174, 229, 268, 276, 343, 731
- Rs. Roquette Frères 678
- Rückforderung des Geleisteten 46, 58, 67, 69 f., 468, 472 ff., 584, 737
- Rücknahme
 - Klage 403, 406 f., 409, 411, 416 f., 580, 644, 646
 - Verwaltungsakt 100, 220, 226 f., 238, 288, 374, 502, 525, 528, 541, 545 f., 591, 707 f., 711, 736
 - im Zusammenhang mit der Vollstreckung 583
- Rücktritt 584 f., 589
- Rückwirkung 9, 102, 165, 301 f., 620, 657 ff.
- Sachurteilsvoraussetzung 116, 118
- Sachverhaltsaufklärung 118 ff., 123, 173, 228, 245, 247 f., 276, 355, 375 f., 398, 418, 427, 430 f., 437, 463 f., 470, 482, 529 f., 534, 594 f., 600, 603, 694, 699 f., 732 f. s. auch bei Beweisschwierigkeiten
- Savigny, Friedrich Karl von 1, 19, 76
- Schadenseinheit 42
- Schadensersatzanspruch 37 f., 70, 144, 176, 178 f., 184, 193, 197, 247, 299, 337, 349, 363, 372, 378, 380, 382, 395, 402, 435, 447, 452, 471, 571 ff., 582, 592 f., 597 f.
 - des Dienstherrn gegen den Beamten (§ 78 BBG) 41 ff., 176, 178 f., 284, 299, 354, 378 f., 382, 394 f., 435, 451, 521, 526, 591 f., 611 f., 657, 659
 - Haftung der Gemeinschaft aus außervertraglicher Haftung 662 ff., 714 f., 719 f., 722, 740
 - Haftung der Mitgliedstaaten wegen Gemeinschaftsrechtsverstößen 684, 696, 712 ff.
- Schriftliche Geltendmachung 56 f., 414
- Schuldnerschutz 26, 73 f., 79, 82 f., 85, 114, 139, 175, 275, 369, 371, 421, 529, 557, 603
- Schuldrechtsmodernisierungsgesetz 10, 263, 268, 315 f., 480, 542, 548, 553, 562 ff., 604, 612, 620, 635, 637 f., 641, 644 f., 649, 656, 658 f., 723 f., 731, 738 f.
- Schwarzbau 94 s. auch Abrissanordnung

- Schweiz 131, 155, 159f., 236f., 270, 291f.,
367, 373, 398, 457, 504, 733
- Sicherungsrecht 431, 584
- Sittengesetz 325
- Soll-Vorschrift 33, 440
- Sozialrecht 1, 21, 25ff., 113, 140, 196, 210f.,
222, 227f., 246, 257, 281, 284, 290, 292, 298f.,
309, 311, 348, 356, 359, 362, 365, 369, 374,
396, 414, 423, 426f., 433f., 443, 472, 480, 524,
527, 537, 548, 553, 556f., 590f., 593, 596,
608ff., 641ff., 647ff., 653ff., 731f., 739f.
- Verjährungsbeginn 28f., 70, 354, 591, 643,
649ff., 654, 739f.
- Verjährungsfrist 27f., 70, 356, 362, 365, 590,
596, 641f., 649ff., 654, 732, 739f.
- Verjährungshemmung 29, 384, 423, 433,
472, 642, 649, 651f., 739
- Verjährungsmotive 26, 40
- Verjährungsunterbrechung 29ff., 70, 130,
297, 396, 414, 642f., 647ff., 652, 739
- Verjährungswirkung 31ff., 440ff., 443f.,
642, 649, 651, 667, 739
- Sozialstaatsprinzip 26, 92, 443, 466f.
- Sparsamkeit 438f.
- Staatsangehörigkeit 174f., 494
- Status 174
- Rs. Steenhorst-Neerings 698ff.
- Strafrecht 84f., 115, 123, 135ff., 153f., 162,
200f., 204, 207, 216, 218, 221, 238, 246, 281,
292, 299ff., 309, 311, 328f., 332, 346, 357,
364, 371, 381, 383, 386, 433, 481f., 510, 517,
543, 586, 622, 658, 735, 740
- Streitverkündung 29, 216, 579, 656
- Subjektives öffentliches Recht 2, 17, 87, 112,
115, 117, 119, 169f., 175ff., 197, 240, 253,
491, 635, 698, 715, 733
- Belieben und Eigennutz 184f.
- Definition 176f., 187, 190f.
- Disponibilität 185f., 192
- personaler Charakter 186ff.
- Staat als Berechtigter 176ff., 733
- Stammrecht 27, 37, 255ff., 574
- Rs. Steffens 680
- Steuerbescheid 51f., 54, 296
- Steuerhinterziehung 50, 70, 100, 362, 687, 726
- Steuerrecht 1, 16f., 21, 39, 48ff., 70, 129,
145f., 159, 166, 176, 178, 196, 210, 217f.,
221f., 226, 262, 266, 276, 281f., 289, 292, 295,
298f., 309, 311, 320, 348, 354, 356, 362, 365,
384, 386, 388, 390, 396, 398, 400, 414, 423,
426, 428, 434, 460, 473, 480, 483, 487, 518ff.,
543, 553, 604, 628, 686f., 696f., 726, 731ff.,
737
- Festsetzungsverjährung 48ff., 221, 371,
487, 543, 732
- Beginn 52f., 384
- Dauer 50f.
- Hemmung 53f., 254, 388, 396, 520
- Maßnahmen zur Fristwahrung 51f.
- Wirkung 54f.
- Gegenstand der Verjährung 48f., 55, 145f.,
159, 166, 217, 408
- Motive der Verjährung 48ff.
- Zahlungsverjährung 48, 55ff., 487, 543, 732
- Verjährungsbeginn 55, 70
- Verjährungsfrist 55
- Verjährungsunterbrechung 56f., 414, 543
- Verjährungswirkung 57f., 423, 426, 434,
483, 519
- Stillstand 131, 386, 389, 408, 411, 580f., 643
- Störer 80, 114, 141f., 149, 169, 195, 197, 199,
203f., 206f., 218, 226, 228, 230ff., 239ff., 289
- Stundung 17, 56, 67, 386, 389, 602
- Subordination 129ff., 151f., 170, 181f., 262,
291, 294f., 434, 462, 611
- Subsidiaritätsprinzip 686, 692, 720
- Suspensiveffekt Rechtsbehelf 389f.
- System 345f., 348, 517, 567, 637f.
- Tagegeld 37, 343
- Teilverjährung 51, 54, 57, 70
- Theodosius 12
- Treu und Glauben 91f., 185, 273, 467, 498ff.,
503ff., 545, 558, 577f., 681, 701, 727, 737f.
- Verjährungsseinrede 32f., 35, 46, 78, 82,
87f., 423ff., 444ff.
- s. auch bei Rechtsmissbrauch
- Triepel, Heinrich 328
- Übergangsregelung 9, 165, 611, 635, 638,
645ff., 652, 655, 657, 740
- Übertragbarkeit der §§ 194 ff. BGB n. F. auf das
Verwaltungsrecht 9, 586ff., 647ff., 740
- Dauer 590ff.
- Hemmung 599ff., 603
- Neubeginn 599ff., 603
- Übergangsregelung 647ff.
- Ultimoverjährung s. Kalenderjahr
- Unanfechtbarkeit 25, 30, 53, 68, 367, 374, 376,
390, 403, 406, 408, 416, 607, 643f., 648, 651,
653f.
- Unbestimmter Rechtsbegriff 305, 334ff., 350
- Ungleichbehandlung 96f., 282, 351, 365, 376,
395, 398, 442, 489, 733
- Unkenntnis 34, 448, 463ff., 467f., 472ff., 478,
572, 584, 632
- grob fahrlässige 569ff., 591f., 650f., 738
- Untätigkeit 46, 74, 94ff., 104f., 109, 112, 114,
124, 126, 128, 149f., 163ff., 172, 224, 226ff.,
239, 251, 253f., 448, 488, 495, 510, 621, 732

- Nichtbetreiben des Verfahrens 31, 408, 411, 580 f. s. auch bei Stillstand
- Untätigkeitsklage 415
- Unterbrechung 16 f., 46, 70, 154, 163, 175, 217 ff., 221, 254, 267, 290, 297, 350, 369, 385 f., 392 ff., 461, 469 ff., 483, 485, 487 f., 493, 509, 513 f., 518 f., 521 f., 526, 543 ff., 550, 554, 559, 564 f., 571, 577 f., 582 f., 599 ff., 603, 607 ff., 611 ff., 615, 624, 626, 636, 641 ff., 646 ff., 653 ff., 666, 668, 673 ff., 680 f., 695, 704, 710, 722, 724, 726, 728, 735 f., 738
- Amtshaftungsanspruch 61 f., 412 f.
- Antrag 44, 70, 413 f., 648
- Beamtenrecht 44 f., 612
- behördliche Maßnahmen 397 ff.
- Definition 392, 543
- Klage 13, 46, 61, 175, 217, 297, 393, 397, 401 f., 410, 483, 485, 547, 601, 666
- Landesgebührenrecht 67
- Sozialrecht 29 ff., 70, 297, 396, 412, 414, 608 f., 642 f., 647 f., 649, 651
- Steuerrecht 17, 56 f., 396 f., 398, 414
- Stillstand 408, 411
- Verwaltungsakt 30, 44, 56, 60, 100, 130, 168 f., 172, 174, 176, 179, 183 f., 311, 315 f., 347, 369, 371, 385, 395, 400 ff., 417, 460 ff., 463 f., 486, 543, 601, 607 f., 612, 641 ff., 653, 736
 - feststellender 401 f.
 - vorläufiger 402
- s. auch bei Neubeginn
- Unterholzner 159, 229
- Unterlassen 44, 510
- Unterlassungsanspruch 134, 149, 575
- Unterschiede zwischen Öffentlichem Recht und Privatrecht 71, 97, 197, 239, 280, 282, 293, 500
- Untersuchungsgrundsatz 84, 106, 426 ff., 457 f., 737
- Unverjährbarkeit 25, 66, 115, 123, 134, 137, 142, 146 f., 156 ff., 223, 226, 238, 256 f., 262, 276, 289, 293, 296, 383, 452, 576, 733
- Unvordenkliche Verjährung 14, 20 ff., 491 ff., 558
 - Vermutung 492
- Vereinbarung 553, 576, 581, 598, 603, 611
- Verfahrensrechtlicher Charakter der Verjährung 49, 481 ff., 667 ff., 674, 681, 700, 723, 728, 740
- Verfassungskonforme Auslegung 634 ff., 739
- Vergleich 408, 574
- Vergleichbarkeit 26, 197, 284 f., 287, 291 ff., 307, 364, 373, 383, 385, 388, 401, 412 ff., 426, 434, 682, 707, 740 s. auch bei Analogie
- Verhaltene Ansprüche 220 f., 371, 573, 589
- Verhaltensstörer 199, 207, 230, 241, 245 ff.
- Verhältnismäßigkeit 84 f., 111, 161, 203, 226, 233, 244, 248, 345, 355, 360, 387, 431 f., 445, 483, 626, 664, 686, 692
- Verhandlungen 59, 61, 452, 454 f., 577 f., 600, 611
- Verjährungsfrist 70, 100 f., 110, 113, 121, 125, 128, 144, 150, 168, 173, 254 f., 266 f., 280, 354 ff., 361 ff., 377, 379, 382, 408, 419, 421 f., 447, 468 f., 471, 483 ff., 493, 496, 499, 509 f., 513 ff., 521 f., 525, 531 f., 552 ff., 562 ff., 567 ff., 578, 587, 590 ff., 594, 603, 624, 610, 628, 637, 641 ff., 648 ff., 666 f., 693 ff., 710 f., 722, 724, 726, 732 f., 735, 738 f.
- dreißigjährige 13, 15 f., 76, 78 f., 81, 125, 137, 140, 266 f., 292, 356, 359, 361 ff., 364 ff., 372, 381 ff., 393, 416, 493, 495, 521, 531, 556, 563, 568, 571 ff., 576, 587, 590, 592 f., 598, 611, 643, 651, 653, 724, 738, 740
- fehlende gesetzliche Regelung 362 ff.
- kurze 73, 79, 125, 351, 354 ff., 359, 361 ff., 367, 373, 420, 484, 514, 521, 523, 531 f., 562 f., 568, 594, 626, 646 f., 695 f., 703
- objektive 41, 270, 355, 357, 372, 382, 569 f., 574, 591, 595 ff., 642, 646, 651, 736
- relative 355, 357, 376
- Sozialrecht 27 f., 30, 70
- Steuerrecht 50 f., 55, 70
- s. auch bei Dauer der Verjährung
- Verjährung im engeren Sinne 19, 21 f., 491, 731, 736
- Verjährung im weiten Sinne 14 f., 19 f., 21 f., 491, 558, 729, 731
- Verkündung 605, 615 f., 626, 703
- Verlängerung 522, 534 ff., 552 f.
- Vermögensrechtlicher Anspruch 2 ff., 18, 27, 48, 70, 138 ff., 148 ff., 232, 237 f., 242, 257 f., 264 f., 276 f., 281 f., 289, 293, 295 ff., 301, 308, 311, 315 f., 320, 327, 342, 347 f., 352, 364 f., 458, 469 f., 480, 512, 522, 528, 556, 573, 588 f., 592 ff., 602, 682, 709, 733
- Begriff 139 ff., 281
- Verschulden 17, 34, 46 f., 59 f., 200 f., 207, 301, 383, 386, 402, 437, 537 ff., 555, 570, 581, 664, 716, 721
- Vertrauensschutz 75 f., 81, 90 ff., 164 f., 256 f., 350, 382, 445, 476, 501 f., 507 f., 512, 514, 558, 583, 594, 597, 658 ff., 664, 687, 707 f., 732
- Schutzwürdigkeit des Vertrauens 99 ff., 226, 375, 393, 402, 501, 507 f., 512, 707 f.
- Staat 101 ff., 502
- Vertrauensgrundlage 93 ff., 106, 148, 501, 507, 512
 - bei bloßer Passivität/Zeitablauf 94 ff.

- Verursacherprinzip 243 ff., 250, 252, 320
- Verwaltungsakt 1, 30, 40, 56, 60 f., 93, 107, 130, 137, 147, 168 ff., 171, 174, 176, 178 f., 182 ff., 191, 196 f., 201 f., 210, 217, 219, 311, 336, 356, 368 f., 374 ff., 385, 390, 395, 400 f., 434 f., 456, 464, 470, 472, 477, 486, 496, 518 f., 528, 543, 545 f., 598, 602, 608, 612, 641 ff., 648, 650, 653 f., 736, 739 f.
- Aufhebung 30, 94, 99, 226, 288, 374 f., 403, 407 ff., 435, 477, 502, 525, 528, 532, 546, 644 f., 648 f., 707 f., 711
- feststellender 401 f., 643 f., 739
- nichtiger 30, 51, 54, 57, 403, 460 f.
- rechtswidriger 30, 51, 54, 57, 99, 196, 226, 403, 460, 502, 528, 532
- vorläufiger 402
- s. auch bei Unterbrechung
- Verwaltungsaktsbefugnis 138, 404, 461 f., 546
- Verwaltungsrechtsordnung für Württemberg 2, 21, 146, 220, 367, 397, 410, 475, 538, 589
- Verwaltungsvorbehalt 125 f.
- Verwaltungsvorschrift 46, 327, 430, 440, 467
- Verweisung 69, 71, 284, 294, 297, 312, 350, 388, 406 ff., 426, 440, 480, 518, 532, 553, 604 ff., 642, 644, 668, 732, 739
- dynamische 606 ff., 638, 739
- Eigenverweisung 617
- Fremdverweisung 618, 621 f., 625 ff., 633, 635, 739
- statische 586, 604 ff., 613 ff., 624, 629, 635 f., 638, 739
- Verfassungsmäßigkeit 613 ff.
- Verwirkung 22, 76, 91, 93 f., 98, 100, 102, 148 f., 239, 430, 445, 498 ff., 517, 558, 592, 597, 738
- Rechtsgrundlage 499 ff.
- reiner Zeitablauf 94, 509 f.
- Voraussetzungen 507 ff.
- Verzicht 46, 58, 94 f., 104, 160, 185 f., 192, 222 ff., 253, 258 f., 429 f., 515, 622 f., 644, 734
- Definition 223
- Verjährungseinrede 35, 45, 423, 454, 472, 679 ff.
- Voraussehbarkeit 106, 273, 283, 298, 301, 329 ff., 333 f., 336 ff., 341, 351 f., 467, 507, 509, 566, 614, 622, 625, 705, 707, 728
- Wandel 76, 334, 342, 365
- Wechselwirkungen Europarecht – nationales Recht 6, 684 ff., 728 f., 741
- Wesentlichkeitstheorie 308, 318 ff., 349, 383, 625, 627
- Widerspruch 29, 31, 44 f., 61, 70, 297, 389, 408, 411 ff., 415, 601, 642, 736, 739
- Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung 346
- Wiederaufnahme 421, 435 f.
- Wiedereinsetzung 420 ff., 469, 536 ff., 555 f., 736, 738
- Wiederkehrende Ansprüche 30, 35, 38 ff., 356, 363 ff., 489 f., 575, 584, 586 f., 593, 596, 643 f., 654, 739
- Willkür 109 ff., 242, 297, 299, 309, 329, 344, 351, 377, 445
- Windscheid, Bernhard 133, 214
- Wirksamkeit des Rechts 111 f., 163, 204
- des Gemeinschaftsrechts 688, 692, 695, 698, 703, 705, 708, 713 ff., 726
- Wirkung der Verjährung 70, 423 ff., 517, 549 ff., 583 ff., 602, 611, 615, 628, 678 ff., 704, 736 ff. s. bei den einzelnen Rechtsgebieten, bei Einrede, Erlöschen, Leistungsverweigerungsrecht
- Wissensvertreter 379
- Wolff, Hans J. 272, 274, 278, 286
- Zinsen 57, 363, 390, 416, 583 f.
- Zollkodex 686 ff.
- Zulässigkeit der Klage 5, 116, 459 f., 667 ff., 737
- Zurückbehaltungsrecht 584
- Zustandsstörer 142, 197, 199, 230, 207, 229, 241 f., 244 ff.
- Zweck der Verjährung 26 f., 72 ff., 129 ff., 138, 143 f., 155, 160, 163 f., 167, 173, 231 f., 234, 242, 248, 255, 257, 263, 294 ff., 301, 355, 372 f., 377, 387, 393 f., 396, 398, 402, 408, 416, 418, 421, 430 f., 433, 436 ff., 441 ff., 446, 450 f., 453, 455, 476, 478, 529 ff., 543, 545, 553, 557, 587, 595, 597, 628, 667, 673, 679, 732, 735 ff.
- im Öffentlichen Recht 78 ff.
- im Zivilrecht 72 ff.
- Zwingender Charakter 428 f., 457, 475, 496, 599

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht – Alphabetische Übersicht

- Axer, Peter*: Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49*.
- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
- Beaucamp, Guy*: Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht. 2002. *Band 85*.
- Becker, Joachim*: Transfergerechtigkeit und Verfassung. 2001. *Band 68*.
- Blanke, Hermann-Josef*: Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57*.
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
- Bogdandy, Armin von*: Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48*.
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*.
- Britz, Gabriele*: Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60*.
- Bröhmer, Jürgen*: Transparenz als Verfassungsprinzip. 2004. *Band 106*.
- Brüning, Christoph*: Einstweilige Verwaltungsführung. 2003. *Band 103*.
- Burgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37*.
- Bultmann, Peter Friedrich*: Beihilfenrecht und Vergaberecht. 2004. *Band 109*.
- Butzer, Hermann*: Fremdsten in der Sozialversicherung. 2001. *Band 72*.
- Calliess, Christian*: Rechtsstaat und Umweltstaat. 2001. *Band 71*.
- Classen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
- Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in der Grundrechtsordnung. 2003. *Band 100*.
- Cremer, Wolfram*: Freiheitsgrundrechte. 2003. *Band 104*.
- Danwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
- Dederer, Hans-Georg*: Korporative Staatsgewalt. 2004. *Band 107*.
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.
- Dörr, Oliver*: Der europäische Rechtsschutzauftrag deutscher Gerichte. 2003. *Band 96*.
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27*.
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32*.
- Fehling, Michael*: Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe. 2001. *Band 79*.
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34*.

- Fisahn, Andreas*: Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung. 2002. *Band 84*.
- Frenz, Walter*: Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. 2001. *Band 75*.
- Gellermann, Martin*: Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61*.
- Grigoleit, Klaus Joachim*: Bundesverfassungsgericht und deutsche Frage. 2004. *Band 108*.
- Gröpl, Christoph*: Haushaltsrecht und Reform. 2001. *Band 67*.
- Gröschner, Rolf*: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4*.
- Groß, Thomas*: Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45*.
- Grzeszick, Bernd*: Rechte und Ansprüche. 2002. *Band 92*.
- Guckelberger, Annette*: Die Verjährung im Öffentlichen Recht. 2004. *Band 111*.
- Gurlit, Elke*: Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63*.
- Häde, Ulrich*: Finanzausgleich. 1996. *Band 19*.
- Hase, Friedhelm*: Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64*.
- Heckmann, Dirk*: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28*.
- Heitsch, Christian*: Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder. 2001. *Band 77*.
- Hellermann, Johannes*: Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54*.
- Hermes, Georg*: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29*.
- Hösch, Ulrich*: Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56*.
- Hohmann, Harald*: Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich. 2002. *Band 89*.
- Holznagel, Bernd*: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18*.
- Horn, Hans-Detlef*: Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42*.
- Huber, Peter-Michael*: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1*.
- Hufeld, Ulrich*: Die Vertretung der Behörde. 2003. *Band 102*.
- Huster, Stefan*: Die ethische Neutralität des Staates. 2002. *Band 90*.
- Ibler, Martin*: Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43*.
- Jestaedt, Matthias*: Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50*.
- Kadelbach, Stefan*: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36*.
- Kämmerer, Jörn Axel*: Privatisierung. 2001. *Band 73*.
- Kabl, Wolfgang*: Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59*.
- Kaufmann, Marcel*: Untersuchungsgrundsatz und Verwaltungsgerichtsbarkeit. 2002. *Band 91*.
- Kingreen, Thorsten*: Das Sozialstaatsprinzip im europäischen Verfassungsbund. 2003. *Band 97*.
- Kischel, Uwe*: Die Begründung. 2002. *Band 94*.
- Koch, Thorsten*: Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62*.
- Korioth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Kugelmann, Dieter*: Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65*.
- Langenfeld, Christine*: Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten. 2001. *Band 80*.
- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.

- Leisner, Anna:* Kontinuität als Verfassungsprinzip. 2002. *Band 83.*
- Lepsius, Oliver:* Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht. 2002. *Band 81.*
- Lorz, Ralph Alexander:* Interorganrespekt im Verfassungsrecht. 2001. *Band 70.*
- Lücke, Jörg:* Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2.*
- Luthe, Ernst-Wilhelm:* Optimierende Sozialgestaltung. 2001. *Band 69.*
- Mager, Ute:* Einrichtungsgarantien. 2003. *Band 99.*
- Mann, Thomas:* Die öffentlich-rechtliche Gesellschaft. 2002. *Band 93.*
- Manssen, Gerrit:* Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9.*
- Masing, Johannes:* Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30.*
- Möstl, Markus:* Die staatliche Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. 2002. *Band 87.*
- Morgenthaler, Gerd:* Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40.*
- Morlok, Martin:* Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6.*
- Müller-Franken, Sebastian:* Maßvolles Verwalten. 2004. *Band 105.*
- Niedobitek, Matthias:* Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66.*
- Oeter, Stefan:* Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33.*
- Pache, Eckhard:* Tatbestandliche Abwägung und Beurteilungsspielraum. 2001. *Band 76.*
- Pauly, Walter:* Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7.*
- Pielow, Johann-Christian:* Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58.*
- Poscher, Ralf:* Grundrechte als Abwehrrechte. 2003. *Band 98.*
- Publ, Thomas:* Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15.*
- Reinhardt, Michael:* Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24.*
- Remmert, Barbara:* Private Dienstleistungen in staatlichen Verwaltungsverfahren. 2003. *Band 95.*
- Rodi, Michael:* Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52.*
- Rossen, Helge:* Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39.*
- Rozeck, Jochen:* Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31.*
- Ruffert, Matthias:* Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts. 2001. *Band 74.*
- Sacksofsky, Ute:* Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53.*
- Šarcević, Edin:* Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55.*
- Schlette, Volker:* Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51.*
- Schmidt-De Caluwe, Reimund:* Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38.*
- Schroeder, Werner:* Das Gemeinschaftsrechtssystem. 2002. *Band 86.*
- Schulte, Martin:* Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12.*
- Sobota, Katharina:* Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22.*
- Sodan, Helge:* Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20.*
- Sommermann, Karl-Peter:* Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25.*
- Stoll, Peter-Tobias:* Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft. 2003. *Band 101.*

Jus Publicum – Beiträge zum Öffentlichen Recht

- Storr, Stefan*: Der Staat als Unternehmer. 2001. *Band 78*.
- Trute, Hans-Heinrich*: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
- Uerpmann, Robert*: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
- Unruh, Peter*: Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes. 2002. *Band 82*.
- Wall, Heinrich de*: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
- Wolff, Heinrich Amadeus*: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
- Volkmann, Uwe*: Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
- Vosßkuhle, Andreas*: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
- Weiß, Wolfgang*: Privatisierung und Staatsaufgaben. 2002. *Band 88*.
- Ziekow, Jan*: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne vom Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*